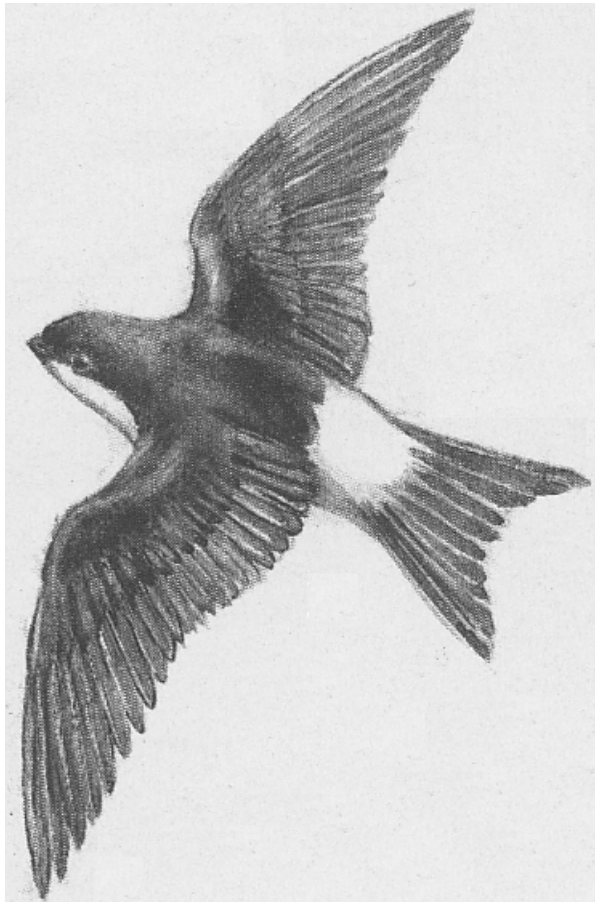


tarantel Nr. 30

Vierteljahresschrift der Ökologischen Plattform
bei der Linkspartei.PDS III/September 2005



Gentechnikfreie Stadt
Leipzig 2005

Grün lackierte Beton-
politik

Staub soll er fressen
und mit Lust

Konzept einer
ökologischen Ressourcenbesteuerung

Energiepolitik der PDS in Kommunen, Kreisen und
Regionen

Inhaltsverzeichnis

„Linke ökologische Gesellschaftsstrategie für das 21. Jahrhundert“ <i>Ankündigung für den Workshop der Ökologischen Plattform</i>	1
Wahlprogramm zu den Bundestagswahlen 2005 (Ausschnitt) <i>Beschluss der 2. Tagung des 9. Parteitages vom 27. August 2005 in Berlin</i>	1
Sieben Jahre Rot-Grün Grün lackierte Betonpolitik <i>Winfried Wolf</i>	2
Trittins Traumfänger. Auch vom Dosenpfand bleibt nichts als heiße Luft <i>Harry Weber</i>	4
Unbegrenzttes Wachstum zerstört begrenzte Systeme <i>Axel Mayer</i>	6
Produktionslogik. Es fehlt ein ökologischer Gesellschaftsentwurf <i>Leander Scholz</i>	8
Konzept einer ökologischen Ressourcenbesteuerung <i>Damian Ludewig</i>	9
Den Flächenverbrauch reduzieren <i>Rita Kindler</i>	11
Energiepolitik der PDS in Kommunen, Kreisen und Regionen. Empfehlungen der Ökologischen Plattform bei der Linkspartei.PDS <i>Zusammenstellung: Götz Brandt</i>	15
Warum die Proteste gegen die Windkraft in Brandenburg? <i>Lothar Dölling</i>	22
Gegen das Märchen vom „sauberen“ und „ungefährlichen“ Atomstrom <i>Sabine Kunze</i>	24
Staub soll er fressen und mit Lust <i>Angela Müller, Michael Lauter</i>	25
Standpunkt zum Ausbau des Flughafens Leipzig-Halle und zur Ansiedlung des Luftdrehkreuzes der DHL <i>Ökologische Plattform bei der Linkspartei.PDS Sachsen „ADELE“</i>	29
Presseerklärung zur militärischen Nutzung des Flughafens Leipzig-Halle <i>Ökologische Plattform bei der Linkspartei.PDS Sachsen „ADELE“</i>	30
Gentechnikfreie Stadt Leipzig 2005 <i>Aktionsbündnis für eine gentechnikfreie Stadt Leipzig</i>	30
Verzicht auf genmanipuliertes Saatgut und Futter in der Stadt Leipzig <i>Antrag der PDS-Fraktion des Stadtrates Leipzig</i>	33
Die Ökologie der Slums <i>Mike Davis</i>	34
Bücherecke	37

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,
der Sprecherrat der Ökologischen Plattform begrüßt namens aller unserer Mitstreiter und Sympathisanten den Teil des Wahlergebnisses, der der Linkspartei.PDS wieder eine starke Fraktion im deutschen Bundestag gebracht hat. Die Hoffnung auf neue kräftige Impulse durch die Linksfraktion für die ökologische Politik ist in Deutschland groß, haben doch die Delegierten des Wahlparteitages der Linkspartei ihren Abgeordneten ein solides und anspruchsvolles Programm auch für ihre ökologische Arbeit mitgegeben. Dieser Teil des Wahlprogramms ist in der vorliegenden Ausgabe dokumentiert.

Die Arbeit der Fraktion der Linkspartei auf ökologischem Gebiet wird nicht zuletzt auch deshalb großes Gewicht haben, weil die Position der „Grünen“ durch die nach den Wahlen entstandene Konstellation weiter geschwächt ist. Sie werden in jedem Falle, ob in irgendeiner Koalition oder in der Opposition, kräftiger Anstöße und der Aufmunterung bedürfen.

Vor der Linkspartei.PDS steht darüber hinaus die Aufgabe, mit Hilfe neuer Kräfte, die zu uns stoßen, und in wieder engerer Zusammenarbeit mit den Umweltverbänden langfristig eine stimmige Strategie für eine nachhaltige, zukunftsfähige Existenzform, d. h. Produktions- und Lebensweise, in unserem Lande und in der EU zu entwickeln. Die berechtigte Kritik aus den Verbänden, dass sich auch die Linkspartei in ihrer Programmatik nicht von der Anbetung des Wirtschaftswachstums als angeblichem Weg zur Linderung allen Übels lösen kann, sollte Anlass sein, den Widerspruch im Parteiprogramm zwischen Forderungen, die auf weiteres Wirtschaftswachstum gerichtet sind, und dadurch teilweise unglaubwürdig gewordenen ökologischen Positionen auszuräumen. Wenn dies überhaupt eine Partei in Deutschland zustande bringen kann, dann ist es die Linkspartei. Denn nur sie ist auf Grund ihrer sozialen Verankerung prädestiniert, mit Hilfe der Wissenspotentiale der ganzen Gesellschaft und ohne Rücksicht auf Profitmaximierer die richtigen Wege zur Senkung des Naturverbrauchs zu erarbeiten und die dementsprechenden Programme danach auch einzufordern und durchzusetzen. In diesem Sinne wünschen wir uns allen Erfolg in der nächsten Legislaturperiode.

Manfred Wolf

Redaktion und Layout: Manfred Wolf, Detlef Franek
Aktive Zuarbeit von ADELE, der Ökologischen Plattform
bei der Linkspartei.PDS Sachsen

Achtung! Der **Workshop** der **Ökologischen Plattform** zum Thema

„Linke ökologische Gesellschaftsstrategie für das 21. Jahrhundert“

findet nicht, wie in den Ausgaben Nr. 27 und 29 der Tarantel angekündigt, am 12. November, sondern erst **am 26. November, 10-16 Uhr in Berlin** statt.

Einführende Referate werden halten:

Dr. Winfried Wolf,

Autor, Journalist, ehem. Bundestagsabgeordneter der PDS

Thies Gleiss,

Mitglied des Bundesvorstandes der WASG, verantwortlich für den Bereich Ökologie.

Detaillierte Angaben folgen mit der Einladung.

Wahlprogramm zu den Bundestagswahlen 2005 (Ausschnitt)

Beschluss der 2. Tagung des 9. Parteitages vom 27. August 2005 in Berlin

IV. Umwelt bewahren, Zukunft gestalten

Die Linkspartei.PDS streitet für eine nachhaltig umweltgerechte Entwicklung. Wir wollen, dass Ökonomie, Soziales und Ökologie in Einklang gebracht werden. Unser Ziel ist es, den Ressourcenverbrauch drastisch zu senken sowie Emissionen und Abfallströme deutlich zu vermindern. Wildlebende Tiere und Pflanzen sowie gefährdete Ökosysteme sind wirksam zu schützen. Eigentumsrechtliche und machtpolitische Hemmnisse, die einem sozial-ökologischen Strukturwandel entgegenstehen, müssen abgebaut werden. Keine Vorfahrt für Beton und Profit zu Lasten der natürlichen Umwelt! Für Umweltorganisationen streben wir mehr demokratische Planungs-, Kontroll- und Einspruchsrechte an. Große Bedeutung messen wir der Umweltbildung bei.

1. Klima schützen, Energie- und Verkehrswende einleiten

Zum Schutz der Erdatmosphäre müssen die Treibhausgasemissionen in den Industriestaaten gegenüber 1990 bis zum Jahr 2020 um 50 Prozent und bis zum Jahr 2050 um mindestens 90 Prozent gesenkt werden. Deshalb wollen wir bis 2050 erreichen, dass die benötigte Energie weitgehend aus erneuerbaren Quellen gewonnen wird. Das kann nur gelingen, wenn gleichzeitig die Energieeffizienz deutlich erhöht und im großen Maßstab Energie eingespart wird. Wir setzen uns dafür ein, auf der Ebene der Vereinten Nationen eine internationale Agentur für erneuerbare Energien einzurichten. Die Nutzung der Sonnenenergie muss unter anderem durch große internationale Kooperationsprojekte vorangebracht werden. Wir wer-

den das Erneuerbare-Energien-Gesetz verteidigen und weiterentwickeln, ebenso die Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung. Die Linkspartei.PDS setzt sich für eine ökologisch gewichtete Primärenergiesteuer ein. Dabei sind die sozialen Fehlwirkungen der gegenwärtigen Ökosteuer zu korrigieren. Umweltschädliche Subventionen müssen abgebaut werden. Wir setzen uns zudem für die Weiterentwicklung des europäischen Emissionshandelsystems auf der Basis der genannten Einsparziele ein. Für äußerst wichtig halten wir die dezentrale Energieversorgung.

Die Energiemonopole wollen wir entflechten und demokratischer Kontrolle unterstellen. Union und FDP kündigen an, die Atomkraft weiter zu nutzen, und den Bau neuer AKW offen zu halten. Dem werden wir uns entgegenstellen. Wir wollen einen kurzfristigen Ausstieg aus der Atomwirtschaft. Den Neubau von Atomkraftwerken lehnen wir ebenso ab wie den Export von Atomtechnik und überflüssige Atom-mülltransporte. Bei der Auswahl eines Endlagers für Atom-müll müssen Sicherheitskriterien höchste Priorität haben.

Wir streben eine soziale und ökologische Verkehrswende an. Öffentlicher Verkehr soll ausgebaut und erheblich preiswerter werden. Deregulierung und Privatisierung im öffentlichen Nahverkehr sind zu stoppen. Das Streckennetz der Bahn soll wieder wachsen, der Güterverkehr zunehmend auf die Schiene verlagert werden. Wir fordern, die Beschleunigungsgesetze für die Verkehrswegeplanung abzuschaffen. Flugbenzin ist endlich zu besteuern.

2. Biologische Vielfalt erhalten

Die biologische Vielfalt wollen wir bewahren und - soweit dies möglich ist - wiederherstellen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Aus-

weisung und Vernetzung von Schutzgebieten vorangebracht. Renaturierung und Moorschutz sollen gefördert werden, Gewässer verbauungsfrei sein. Der Flächenverbrauch für die Infrastruktur ist drastisch zu reduzieren. Für den Hochwasserschutz sind Überschwemmungsgebiete freizuhalten und zurückzugewinnen sowie Böden zu entsiegeln. Zur Sicherung des nationalen Naturerbes fordern wir einen Stopp der Privatisierung von Naturschutzflächen.

Auf internationaler Ebene setzen wir uns für den Schutz der Borealen Wälder (*Wälder in den kälteren Zonen - die Red.*) ein. Das von Rot-Grün verschleppte und von CDU/CSU blockierte Urwaldschutzgesetz ist endlich zu verabschieden. Die Binnenschifffahrt ist an den Potenzialen der Flüsse auszurichten und nicht umgekehrt. Wir wenden uns gegen den naturzerstörenden Ausbau von Donau, Elbe, Saale, Oder, Havel, Main und Weser.

3. Ökologisch wirtschaften

Die Linkspartei.PDS wird regionale Wirtschaftskreisläufe stärken und sich dafür einsetzen, nicht nur Produktionsprozesse, sondern auch Produkte ökologisch zu gestalten.

Wir fordern für die gegenwärtige Neufassung des europäischen Chemikalienrechts strenge Kriterien bei der Zulassung und Registrierung von chemischen Stoffen. Die Wirtschafts- und Forschungsförderung ist umweltgerecht auszurichten.

Die Land- und Forstwirtschaft ist umweltgerecht zu betreiben. Der Einsatz von Mineraldüngern und Pflanzenschutzmitteln muss reduziert, und die Haltungssysteme müssen tiergerechter gestaltet werden. Leistungsförderer und Antibiotika gehören nicht ins Tierfutter. Grüne Gentechnik halten wir weder für erstrebenswert noch für notwendig. Deshalb unterstützen wir gentechnikfreie Zonen. Die Kennzeichnungspflicht von gentechnischen Bestandteilen ist bis auf die Nachweisbarkeitsgrenze zu senken. Wir lehnen die Patentierung von Lebewesen und Genen ab.

Die Linkspartei.PDS setzt sich für die Sicherung von Arbeitsplätzen in der Landwirtschaft und die gleichberechtigten Förderung verschiedener Betriebsformen ein. Gesunde Nahrung erfordert zudem ehrliche Preise. Preisdumping der Handelsketten zu Lasten der Bauern lehnen wir ab.

Sieben Jahre Rot-Grün

Grün lackierte Betonpolitik

Winfried Wolf

Die Ausgangslage war günstig: Die Regierungen unter Helmut Kohl standen für Betonpolitik und Industriebhörigkeit. Sie wurden „ihrer Verantwortung für eine nachhaltige Entwicklung der Industriegesellschaft, bei der Umwelt- und Naturschutz die entscheidende Rolle spielen, nicht gerecht“. So lautete 1996 das Urteil der SPD, die zwei Jahre später den Kanzler stellte. Der kleinere Koalitionspartner Bündnis 90/Die Grünen galt besonders in Umwelt- und Verkehrsfragen als kompetent. Und in der Bevölkerung verlangt auch weiterhin, trotz der drückenden sozialen Probleme, eine knappe Dreiviertel-Mehrheit, dass „mehr für den Umweltschutz getan“ werden muss. Nur ein Viertel ist nach dieser aktuellen repräsentativen Umfrage hinsichtlich der Umweltpolitik der Meinung, es sei „richtig, wie es ist“.

Doch (auch) die umwelt- und verkehrspolitische Bilanz von Rot-Grün ist lausig. Dabei macht es offensichtlich kaum einen Unterschied, dass das Umweltressort von Ende 1998 bis zum absehbaren Ende der Schröder-

Regierung durchgängig von einem Minister, Jürgen Trittin, verantwortet wurde, während im Verkehrsressort mit dem flotten Vierer Müntefering-Klimmt-Bodewig-Stolpe im Durchschnitt alle 1,75 Jahre ein neuer Minister kam und ein alter ging. Etwas schematisiert lässt sich diese Bilanz auf drei Ebenen darstellen: Es gab erstens Teilerfolge und Halbheiten, zweitens herrschte überwiegend das „Weiter so“ vor, drittens verschärfte Rot-Grün in einigen Bereichen den Kurs gegen Umwelt und Menschen, vor allem dort, wo dem Goldenen Kalb Markt gehuldigt wird.

„Teilerfolge und Halbheiten“

Einen Erfolg hat Rot-Grün mit der Förderung alternativer Energien vorzuweisen: Der Anteil der erneuerbaren Energien (Wind, Wasser, Sonne) an der Stromerzeugung stieg von 6,7 Prozent im Jahr 2000 auf 9,3 Prozent 2004.

Einzelne besonders umweltschädigende Verkehrsprojekte wurden aufgegeben (Transrapid-

Strecke Hamburg-Berlin; Elbe- und Donau-Kanalisation) oder zeitweilig ausgebremst (ICE-Strecke München-Erfurt-Berlin). Zwei Atomkraftwerke (Stade und Obrigheim) wurden stillgelegt. Mit der Ökosteuer begann die erforderliche Verteuerung der Energiekosten. Radfahren wurde als relevante Verkehrsart entdeckt. Statt der Kilometerpauschale gibt es jetzt eine Entfernungspauschale, so dass Pendler auch die Kosten für öffentliche Verkehrsmittel und den nichtmotorisierten Verkehr steuerlich absetzen können.

Doch fast alle diese Erfolge sind mit Halbheiten verbunden. Die Transrapid-Technik wurde weiter durch Subventionen und Projekte unterstützt (Metrorapid, Magnetbahn München). Die absurde ICE-Strecke über Erfurt wird - verlangsamt - weitergebaut. Den Atomausstieg zögerte Rot-Grün so weit hinaus, dass ein Wiedereinstieg absehbar war und blieb. Der Radverkehrsplan der Bundesregierung hat keine praktischen Folgen und ist finanziell nicht unteretzt. Die Ökosteuer ist sozial unausgewogen und belastet mit dem halben Satz auch öffentliche Verkehrsmittel. Es bleibt: Seit Januar 2004 müssen Kartons mit Eiern aus Legebatterien beschriftet sein mit: „Aus Käfighaltung“

„Weiter, schneller, mehr“

Die der kapitalistischen Produktion innewohnende Logik, „die Technik des gesellschaftlichen Produktionsprozesses (zu) entwickeln, indem sie zugleich die Springquellen allen Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter“ (Karl Marx), hat vielfach auch die rot-grüne Umwelt- und Verkehrspolitik geprägt. Die Entfernungspauschale fördert besonders weite Entfernungen (36 Cent für die ersten zehn Kilometer und 40 Cent für jeden weiteren) und begünstigt den Zersiedelungsprozess. Auch die Eigenheimzulage beschleunigt die Zersiedelung der Landschaft, zumal Ausgaben für Neubauten auch noch doppelt so hoch subventioniert werden wie die Altbausanierung.

Die SPD-Grünen-Regierung ist verantwortlich dafür, dass der besonders klimaschädliche Flugverkehr das höchste Wachstum aller Verkehrsarten aufweist: Die direkte Subventionierung des Luftverkehrs wurde erhöht (auf über eine Milliarde Euro pro Jahr), der Airbus-Jumbo A380 wird gesondert mit mehr als einer Milliarde Euro subventioniert, das im Jahre 2000 vorgestellte „Konzept für die Flughafenpolitik des Bundes“ geht von einer weiteren Verdopplung des Luftverkehrs bis 2015 aus. Vor allem aber wurde der alte Bundesver-

kehrswegeplan bis 2002 weitergeführt und mit einem „Anti-Stau-Programm“ und einem „Investitionsprogramm 1999-2002“ konkretisiert. Der 2003 neu vorgelegte Verkehrswegeplan setzt das naturzerstörerische Beton-Wachstum fort. Real werden hierzulande seit Jahrzehnten pro Jahr 1000 Kilometer Straße neu gebaut und 500 Kilometer Schiene abgebaut.

„Der Markt wird's richten.“

Rot-Grün hat einen weltweiten Prozess beschleunigt, in dem der Markt und nicht die Politik die bestimmende Größe ist - wobei die Politik gegebenenfalls dem Markt so auf die Sprünge hilft, wie es die Großinteressenlage vorschreibt.

Beispiel Schwerlastverkehr auf Straßen: Die Lkw-Maut suggeriert, die Kosten des Lkw-Verkehrs würden diesem angelastet, Transporte würden vermieden oder verlagert. Tatsächlich ist die Maut so niedrig, dass sie kaum wehtut. Vor allem aber zielt sie auf die flächendeckende Ausweitung des schweren Lkw-Verkehrs (Ausweichrouten auf Bundesstraßen). Indem sie nur auf Lastkraftwagen mit mehr als zwölf Tonnen zulässigem Gesamtgewicht erhoben wird, fördert sie Transporte in kleineren Fahrzeugen. Die Maut-Einnahmen fließen in den neuen Straßenbau oder verbleiben beim Betreiber-Konsortium (dem der weltgrößte Lkw-Hersteller Daimler-Chrysler angehört). Politik statt Markt würde heißen: Nachfahrverbote; Dieselpreise, die die realen Kosten abdecken; gezielte Förderung des Güterverkehrs auf der Schiene.

Beispiel Klimawandel: Mit dem Emissionszertifikate-Handel wird die Verantwortung für die Klimaschädigung an den Götzen Markt abgegeben. Dieser Handel wurde so ausgerichtet, dass die Industrie die Emissionen nicht mindern muss (und deren vorausgegangene „freiwillige Selbstverpflichtung“ zur Schadstoffminderung nicht eingeklagt wird). Das frühere Klimaschutzziel der Regierung Kohl aus dem Jahr 1990 (Minderung der Treibhausgase um mindestens 25 Prozent bis 2005) wurde stillschweigend aufgegeben.

Beispiel Schiene: Alle drei Ziele der Bahnreform wurden mit dem elfjährigen Privatisierungsprozess (1994-2005) verfehlt: Die Deutsche Bahn AG hat erneut 20,5 Milliarden Euro Schulden - ebenso viel wie die Bundesbahn 1993. Das „Unternehmen Zukunft“ ist zumindest so kundenfeindlich wie die „alte Behördenbahn“ (siehe neues Bahnpreissystem PEP). Die Schiene verlor weiter Anteile im Verkehrsmarkt (Ausnahme: Nahverkehr). Den-

noch befördert Rot-Grün, dass sich die Politik aus der Verantwortung stiehlt. 2006 oder 2007 soll die Bahn an die Börse. Ob mit oder ohne Infrastruktur (Trassen), ist in unserem Kontext zweitrangig. Die Bahn wird in jedem Fall einem Markt übergeben, der vom Auto und dem Flugzeug dominiert wird. Sie wird damit nach den Gesetzen des Marktes, das heißt denen des Dschungels, weiter in eine Nische gedrängt. Dieser langfristigen Verdrängung half die Bundesregierung noch nach. Im März 2004 beschloss sie eine massive Kürzung der Mittel für Investitionen in den Schienenverkehr, wodurch unter anderem der erforderliche Ausbau der Schienenwege im Rheintal und der Anschluss an die Neue Eisenbahn-Traversale durch die Schweiz gestoppt wurden. Das Um-

welt- und Prognose-Institut (UPI) schrieb Rot-Grün ins Stammbuch: „Somit wird die großräumige Verlagerung von Güterverkehr im Nord-Süd-Transit von der Straße auf die Schiene scheitern.“

Oft sind es auch im Umwelt- und Verkehrsbereich ganz einfache Dinge, die Zeugnis für den Grundcharakter einer Politik ablegen. SPD und Grüne haben in sieben Jahren nicht einen Anlauf unternommen, das zu realisieren, was in ihren programmatischen Texten von vor 1998 steht und was in allen Ländern mit hoher Kraftfahrzeugdichte seit Jahrzehnten eine Selbstverständlichkeit ist: ein Tempolimit auf Autobahnen.

Quelle: Ossietzky 17/05

Trittins Traumfänger. Auch vom Dosenpfand bleibt nichts als heiße Luft

Harry Weber

Einen Tag nach der Bundestagswahl erschienen Meldungen in den Medien, die BefürworterInnen des Mehrweg erschrecken ließen. Darin hieß es, der Mehrweg-Anteil sei inzwischen auf 48,4 Prozent und damit unter den Einweg-Anteil (51,6 Prozent) gesunken. Diese Zahlen sind zwar falsch und beruhen auf einer bewussten Täuschung, die von interessierten Kreisen lanciert wurde. Doch leider liegen sie näher an der Realität als Trittins unermüdliche Erfolgsmeldungen.

Seit der Einführung der Pfandpflicht für Einweg-Verpackungen 2002 war von der „rot-grünen“ Bundesregierung die Mehrweg-Quote wie ein Staatsgeheimnis gehütet worden. Nur noch nebulöse Erfolgsmeldungen über das Verhältnis von Mehrweg zu Einweg gelangten aus dem Bundesumweltministerium an die Öffentlichkeit. Auch vom Bundesamt für Statistik, das zuvor noch jährlich die Mehrwegquote veröffentlicht hatte, nur Schweigen. Noch heute erscheint auf dessen Internet-Seite „<http://www.destatis.de>“ bei Eingabe des Suchbegriffs „Mehrweganteil“ die Meldung: „Sorry - forbidden / Der gewünschte Zugriff wird nicht gestattet“. (Bei Eingabe des Suchbegriffs „Mehrwegquote“ wird dieser als unbekannt zurückgewiesen.)

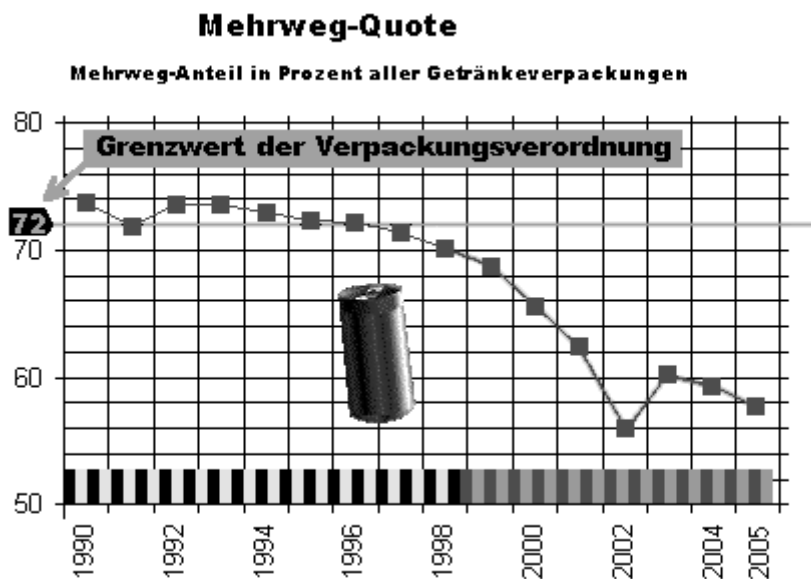
Tatsächlich gibt die in den letzten Tagen als „Anteil der Mehrwegverpackungen“ veröffentlichte Zahl von 48,4 Prozent nur einen Teil des gesamten Spektrums an Getränkeverpackungen wieder: den der alkoholfreien Getränke.

Die Mehrwegquote bei Bier dagegen ist erfreulicher Weise über 90 Prozent gestiegen. Um die tatsächliche Mehrwegquote zu berechnen, sind jedoch die Zahlen für Mineralwasser, für Fruchtsäfte und andere Getränke ohne Kohlendioxid, für Erfrischungsgetränke mit Kohlendioxid, für Wein und - die von Trittin veröffentlichte - von Bier erforderlich. Diese sind nur auf Umwegen zu erhalten und können ihrerseits nur miteinander verrechnet werden, wenn die jeweiligen Marktanteile bekannt sind. Auf diese Weise und mit erheblichem Zeitaufwand ist für Mitte 2005 eine Mehrwegquote von 57,5 Prozent zu ermitteln.

Noch in meinem Artikel „Droht ein weiterer Akt der Akt der Dosen-Groteske?“ (21.08.2003, „<http://www.netzwerk-regenbogen.de/dosen030821.html>“) veröffentlichte ich die bis dahin verfügbaren Daten über die Mehrwegquote von 1990 bis 2002. Das Versprechen Trittins ging dahin, wenigstens den Stand von 1991 – bei Verabschiedung der vom damaligen Atom-/Umwelt-Minister Töpfer eingebrachten Verpackungsverordnung - wieder zu erreichen.

Mit den nun ermittelten Daten für 2003 (60,3 %), 2004 (59,2 %) und 2005 (57,5 %) bietet sich das folgende triste Bild:

Die Talfahrt wurde zwar kurzzeitig gestoppt. Statt einer nachhaltigen Trendumkehr geht die Fahrt jedoch mit zunehmendem Tempo weiter dem Abgrund zu. Da nimmt es nicht Wunder, wenn Trittin diese traurigen Fakten nicht vor der Bundestagswahl veröffentlicht wissen wollte.



Doch woher stammen nun die aktuell veröffentlichten Zahlen, die das bereits genügend desillusionierende Bild ein Stück ins Negative verfälschen? Nach einer aktuellen Analyse mit der Bezeichnung „Packungsmonitor“, die vom „Aktionsforum Glasverpackung“ an die Medien gegeben wurde, fiel der Anteil von Mehrwegverpackungen im Bereich der alkoholfreien Getränke im ersten Halbjahr 2005 auf 48,4 Prozent zurück. Da solche Zahlen - wie eingangs festgestellt - bisher nicht veröffentlicht wurden und die Angabe mit der Veröffentlichung in den Medien bis auf die Stelle nach dem Komma übereinstimmt, ist zu vermuten, dass es sich hierbei um die Quelle handelt. Wer allerdings für die Verfälschung der Nachricht verantwortlich ist und die Mehrwegquote der alkoholfreien Getränke mit der allgemeinen Mehrwegquote gleichgesetzt hat, lässt sich im Nachhinein kaum mehr rekonstruieren. Interessant zu wissen ist jedoch, dass es sich beim „Aktionsforum Glasverpackung“ nicht etwa um einen Verband der Mehrweg-Freunde handelt. Hinter diesem Verband steckt die „Gesellschaft für Verpackungsmarktforschung“ mit Sitz in Wiesbaden und dahinter wiederum die Glasindustrie, die weit überwiegend ein geschäftliches Interesse an der Ausweitung des Anteils von Einweg-Glasverpackungen hat. Das „Aktionsforum Glasverpackung“ verfolgte bisher dieselbe Taktik wie das Trittin-Ministerium und veröffentlichte keine Daten. Dabei erarbeitet das „Infoteam Königstein“ in dessen Auftrag regelmäßig Marktanalysen und verfügt über die Daten, um die jährliche Mehrweg-Quote

berechnen zu können. Dieses kommerzielle Unternehmen liefert Informationen - aber lediglich an zahlende KundInnen. Bei der „Gesellschaft für Verpackungsmarktforschung“ sind Studien ab einer Preisklasse von 490 Euro aufwärts erhältlich. So ist es nicht abwegig, die darin enthaltenen Informationen als „Herrschaftswissen“ zu bezeichnen. Auch wenn er sicherlich kein Freund des Umweltschutzes und des Mehrweg ist, kann den aktuellen Äußerungen von Dr. Johann Over-

rath, Geschäftsführer des Bundesverbandes Glasindustrie e. V., kaum widersprochen werden: „Die Politik hat sich endgültig von den Zielen der Verpackungsordnung verabschiedet.“ Mehr noch stellt sich die Frage angesichts der realen Entwicklung seit Verabschiedung der Verpackungsverordnung im Jahr 1991: War die Politik - ob „schwarz-gelb“ oder „rot-grün“ - je ernsthaft an einem Erhalt oder gar Ausbau der Mehrweg-Quote interessiert? Die Antwort auf diese Frage wird je nach Standpunkt ausfallen: Ob ein „Primat der Politik über die Ökonomie“ oder ein „Primat der Ökonomie über die Politik“ als Grundannahme vorausgesetzt wird. Von Minister Trittin darf wohl kaum angenommen werden, dass er ein Traumtänzer ist, dem die reale Entwicklung der Mehrweg-Quote nicht bekannt war. Eher schon dürfen wir davon ausgehen, dass der „Kampf ums Dosenpfand“, der für Trittin - neben seiner Rolle als „Vorreiter für die Windkraft“ - in der Öffentlichkeit zum Feigenblatt seiner Glaubwürdigkeit geworden war, eine Art Traumfänger darstellte. Doch anders als beim esoterischen Schmuck, der heute in vielen Autos zu sehen ist, wurde mit diesem Traumfänger der Traum von einer Umweltpolitik im Kapitalismus eingefangen und konserviert. Zumindest konnte so der Traum, Kapitalismus und Umweltschutz seien miteinander verträglich, für einige Jahre am Leben gehalten werden. Nun ist er jäh wie eine Seifenblase zerplatzt.

Quelle: <http://www.netzwerk-regenbogen.de/Dosenp050923.html>, 23.09.2005

Unbegrenzttes Wachstum zerstört begrenzte Systeme

Axel Mayer

Wieviel Prozent Wachstum hätten Sie denn gerne? Fragen Sie einen Politiker von CDU/FDP/SPD und Sie werden vermutlich keinen finden, der nicht ein langfristiges Wachstum von mehr als 5 % anstrebt. Mindestens 3 % Wirtschaftswachstum seien nötig, um die Arbeitslosenzahlen zu senken. Vollbeschäftigung ließe sich frühestens ab 5 % jährlichem Wachstum erreichen, werden Ihnen auch viele PolitikerInnen der Grünen und der Demokratischen Linken vorrechnen.

Doch hinter solchen Aussagen, Wahlkampfparolen, Wirtschaftsinteressen, Wünschen und Problemlösungsansätzen stehen unhinterfragte Mythen und der alte, zerstörerische Irrglaube, unbegrenzttes Wachstum sei dauerhaft möglich.

Bei einem anhaltenden Wachstum von 3 % verdoppelt sich das Bruttosozialprodukt alle 23 Jahre, bei 5 % sogar bereits alle 14 Jahre. Und eine Menge, die exponentiell wächst, vertausendfacht sich jeweils nach der zehnfachen Verdoppelungszeit. Dauerhaftes exponentielles Wachstum einer Wirtschaft ist nicht möglich und führt zwangsläufig zur Selbstzerstörung. Als Problemlösungsansatz kann es langfristig und global nicht dienen. Durch die periodischen Kriege im Laufe der Menschheitsgeschichte wurde das bisherige Wachstum immer wieder unterbrochen. Es wäre anzustreben, die aktuellen Probleme ohne großen (und damit vermutlich letzten) Krieg in den Griff zu bekommen.

Immer wieder werden in der öffentlichen Debatte andere Länder benannt, die ein stärkeres, „vorbildhaftes“ Wachstum haben. Vor dem Jahr 1990 wurde Japan als das „große Vorbild“ dargestellt. Die boomende japanische Wirtschaft wurde idealisiert und den deutschen Arbeitnehmern sagten Medien und Politik, sie sollten sich die Japaner endlich als Vorbild nehmen. Dann platzte 1990 in Japan (als Folge exponentiellen Wachstums) die Immobilienblase, die Börse ging in den Keller und von einem Tag auf den anderen war in Deutschland das „Vorbild Japan“ kein Thema mehr. Aufgearbeitet wurde dieser Medienflop nie. Und die Staatsverschuldung mancher Länder, die uns heute als Vorbild dienen sollen, ist für die Medien wieder kein Thema.

Unser Wirtschaftswachstum ist immer noch nicht ganz abgekoppelt von einem erhöhten Energie- und Rohstoffverbrauch. Das Ende des Öl- und Uranzeitalters ist absehbar und

wird durch den Export unseres Verschwendungssystems nach China und Indien noch verstärkt. Deutlich wird dies u. a. durch die erkennbare Verknappung der fossilen Rohstoffe und damit aktuell beim Benzinpreis. Das weltweit knapper werdende Öl löst beim abhängigen Patienten Mensch klassische Suchtsymptome aus. Statt Energie zu sparen und Alternativen zu fördern, rufen wachstumsgläubige Politiker nach einer intensiveren Ölförderung und nach der noch härteren Energiedroge Atomenergie.

Die Umweltbewegung in Deutschland hat viel erreicht. Luft und Wasser sind tatsächlich sauberer geworden und auch sonst gab es viele Erfolge. Das bedeutet aber nicht mehr und nicht weniger, als dass die weltweiten Zerstörungsprozesse hier ein wenig langsamer ablaufen als anderswo. Immer noch gehören auch wir in Deutschland zum zumeist unzufriedenen gehaltenen, kleinen „reichen“ Teil der Menschheit, der aber den Großteil der Energie und Rohstoffe verschwendet und damit hauptsächlich für die weltweite Umweltverschmutzung verantwortlich ist.

Ein Teil des bisher „unterentwickelten“ Rests der Welt (insbesondere China und Indien) ist gerade dabei, unser zerstörerisches Modell einer Raubbauwirtschaft nachzuahmen und zu einer ernstzunehmenden industriellen Konkurrenz zu werden. Der beginnende Autoboom in diesen Ländern wird in unseren Medien immer noch unkritisch jubelt. Die Folgen dieses Booms für Ökologie und Weltklima sind kein Thema. Und ist es den Menschen in Asien zu verdenken, dass sie unserem schlechten Beispiel nacheifern?

Hundertfünfzig Jahre Industrialisierung haben dazu geführt, dass die in vielen Millionen Jahren geschaffenen Energievorräte und die Rohstoffreserven der Welt zur Neige gehen und wir gleichzeitig u. a. mit Atommüll Gifte produziert haben, die über eine Million Jahre sicher gelagert werden müssen. Während sich bei uns in diesen 150 Jahren zumindest einige regulierende Gegenkräfte entwickelt haben (Gewerkschaften, Umweltbewegung etc.), um die schlimmsten Folgen des krebserregenden Wachstums für die Menschen abzumildern, wuchern die Metastasen des Industriesystems in China, Indien und den so genannten „Tigerstaaten“ ungehemmt, mit enormen Folgen für die Umwelt, die Sozialsysteme und die Menschen.

Die Prognosen des Club of Rome über die Grenzen des Wachstums aus dem Jahr 1972 haben sich bisher nur zum Teil erfüllt. Doch zum damaligen Zeitpunkt waren die Wachs-

tumsgesellschaften Indiens, Chinas und Südostasiens auch noch im Embryonalzustand. Jetzt, wo diese großen Märkte für ihr Wachstum immer mehr Energie und Rohstoffe verbrauchen, zeigt sich, wie richtig die Thesen des Club of Rome waren.

Die Folgen unseres Handelns sind weltweit nicht zu übersehen. Der CO₂ Gehalt der Atmosphäre nimmt zu und das Weltklima verändert sich. Die so genannte friedliche Nutzung der Kernenergie gefährdet durch Unfälle, Terrorismusbedrohung und die Weiterverbreitung von Atomwaffen unsere Zukunft. Alles Wissen um Umweltfragen verhindert nicht den massiven Raubbau an den letzten Urwäldern der Erde und am beschleunigten Artensterben. Und die größer werdende Ungleichheit zwischen den Nationen und den Menschen verstärkt die Kriminalität und ergibt einen fruchtbaren Nährboden für Fundamentalismus und Terrorismus. Zur weltweiten Umweltzerstörung kommen im Zeitalter der Globalisierung ein zunehmend ungehemmter Konsumismus, eine Gefährdung der Demokratie u. a. durch die zunehmende politische Macht der Konzerne, soziale Ungerechtigkeit, Sozialabbau und eine verstärkte Innenweltverschmutzung. Habgier und Egoismus als gefördertes und gewünschtes Lebensmodell zerstört die Gesellschaft.

Das Denken des größten Teils der politischen Klasse, der Medien und auch der Menschen beruht auf Mythen und Illusionen:

- Unbegrenzt Wachstum sei dauerhaft möglich.
- Wir alle könnten irgendwann genau so verschwenderisch und zerstörerisch leben wie die Menschen in den USA.
- Der arme „Rest der Welt“ könnte unser verschwenderisches und zerstörerisches Wohlstandsmodell übernehmen.
- ungehemmter Konsum würde glücklich und zufrieden machen

Doch wenn unser System unbegrenzt wächst, wenn weiterhin weltweit Energie, Rohstoffe und gesellschaftliche Reichtümer verschwendet werden, dann stellt ich nicht die Frage, ob das System kollabieren könnte, sondern nur noch die Frage, wann dieser Crash kommt. Woher sollen Rohstoffe und Energie kommen, wenn sich der American Way of Life weltweit verbreitet? Wer soll all die Produkte kaufen, wenn unsere Produktivität sich weltweit verbreitet? Und sind die Menschen, die heute den so genannten „hohen Lebensstandard“ haben, tatsächlich zufrieden und glücklich, oder wachsen mit zunehmendem Wohlstand nicht sogar Habgier und Unzufriedenheit?

Das Wachstum im Bereich der alternativen Energien gehört zu den wenigen hoffnungsvollen Zeichen der Zeit. Von 1995 bis 2005 haben

sich die Preise für atomar-fossile Energien mehr als verdoppelt, während sie sich für erneuerbare Energien halbiert haben. Windstrom ist global die am schnellsten expandierende Energienutzung. In der EU gingen im Jahr 2005 alle zwei Monate 1000 MW neue Windenergie ans Netz. In Kilowatt (Leistung) entspricht dies einem neuen AKW Gösgen (CH), in Kilowattstunden (Produktion) wird damit ein Atomreaktor der Grösse Beznau (CH) ersetzt - und dies alle 60 Tage. Und genau dieses positive Wachstum der zukunftsfähigen Energien wird von den Anhängern der atomar-fossilen Energiegewinnung massiv bekämpft.

Wir haben Technologien und Waffen entwickelt (Atomenergie, Bereiche der Gentechnik, Atom- und Biowaffen), welche die Zukunft der Menschheit bedrohen. Gleichzeitig zeigen aber manche Fortschritte, nicht nur bei der Sonnen- und Windenergie, dass der technische Fortschritt dem Menschen auch nützen kann. Nicht alle Rationalisierungstechnologien schaffen Probleme. Mit der heute verfügbaren Technik, mit der Produktion von reparaturfähigen, langlebigen Produkten könnten wir, größtenteils befreit von stupiden Tätigkeiten, ein „gutes“ Leben führen. „Gut leben statt viel haben“ muss der heutigen „Ich kaufe, also bin ich“-Ideologie entgegengesetzt werden. Das bedeutet weniger bezahlte Erwerbsarbeit und die gerechtere Verteilung des durch die Rationalisierung zurückgehenden Arbeitspensums auf mehr Menschen. Weniger Arbeit und gleichzeitig mehr Lohn und Konsum wird es dann aber nicht geben. Das aktuelle Motto auch der politischen Linken: „Leute, kauft mehr kurzlebigen Scheiß, um die Wirtschaft anzukurbeln“ ist kurzfristig und zerstörerisch. Es kann auch nicht angehen, hohe Löhne beziehen zu wollen und gleichzeitig am liebsten billige Produkte zu kaufen, die unter Sklavenhalterbedingungen in den armen Ländern produziert wurden. Nur wenn es uns gelingt, mit einem wesentlich verringerten Input von Energie und Rohstoffen ein gutes Leben zu führen, könnten auch die Länder des Südens an den Reichtümern der Welt gleichberechtigt teilhaben. Ohne einen gleichberechtigten Zugang aller Menschen zu den Ressourcen der Welt, ohne Abrüstung, Demokratie und Menschenrechte gibt es keine nachhaltige Zukunft.

Die schwierigste Zukunftsaufgabe der Umweltbewegung wird es sein, aufzuzeigen, dass unbegrenzt Wachstum begrenzte Systeme zerstört. „Gut leben statt viel haben“ ist die Zukunftsdevise. Es gilt, eine tatsächlich nachhaltige Entwicklung einzuleiten und Wege für ein gutes, nachhaltiges Leben aufzuzeigen. Die

größten Einschränkungen auf diesem Weg sind die massiven ökonomischen Widerstände und die Tatsache, dass dieser zukunftsfähige Weg Vernunft und ein großes Umdenken voraussetzt.

Axel Mayer ist Geschäftsführer im Regionalverband Südlicher Oberrhein des BUND. Quelle: <http://vorort.bund.net/suedlicher-oberrhein/projekte/wachstum/wachstumskritik.Htm> (Sept. 2005)

Produktionslogik. Es fehlt ein ökologischer Gesellschaftsentwurf

Leander Scholz

Eigentlich müsste jetzt heftig gestritten werden. An den so genannten Stammtischen, in den unzähligen Vereinen, am besten sogar schon in den Kindergärten, in sämtlichen Schulen und natürlich auch in allen Universitäten. Die gesamte Republik müsste in eine große Auseinandersetzung um ihre unaufschiebbare Zukunft eintreten. Demokratisch selbstverständlich, aber doch grundsätzlich. Schriftsteller, Künstler, Intellektuelle, wer schreiben, reden oder sich sonst wie ausdrücken kann, müsste das Bedürfnis haben, einzugreifen in die große Entscheidung, die zur Zeit Richtungswahl heißt. Alles das geschieht auch. Aber es geschieht nur ein bisschen.

Vielleicht hat das mit der Dramatik dieser Wahl zu tun. Die scheint nämlich merkwürdiger Weise nicht in ihrem Ausgang zu bestehen. Schließlich fehlt den Wählern ausgerechnet die Partei, die sie wirklich aus Überzeugung wählen würden. Denn es könnte die gleiche schweigsame Mehrheit sein, die es gut findet, dass die Neuwahlen nun stattfinden, und die sich zugleich sicher ist, dass diese Neuwahlen nicht viel ändern werden. Es geht also gar nicht in erster Linie um eine Richtung bei dieser Richtungswahl, wo doch fast alle Parteien in die gleiche Richtung zeigen. Kluge Köpfe lösen dieses Paradox deshalb so auf: "das Volk" habe zwar prinzipiell die Notwendigkeit von Reformen eingesehen, könne diese Wahrheit aber noch nicht richtig annehmen.

In dieser Logik handelt "das Volk" also unbewusst richtig und bewusst schreckhaft. Und das ist möglicher Weise auch der Grund, warum es der christdemokratischen Volkspartei bald genau so ergehen könnte, wie es der sozialdemokratischen schon ergangen ist, wenn deren Reformen erst einmal bei "dem Volk" angekommen sind. Andere sind daher der Meinung, dass dieses Problem ein prinzipielles Problem aller großen Parteien ist, die dazu gezwungen sind, derart tiefgreifende Reformen durchzuführen. Das Problematische am Regieren wird in Zukunft womöglich "das Volk" sein, insofern die Reformen vielleicht niemals abgeschlossen sind.

Man kann daraus aber auch schließen, dass das Volk keineswegs blöd ist, sondern sich die Partei, die es wählen will, erst noch schaffen muss. Denn ob man nun an die eine oder die andere der derzeitigen großen Parteien glaubt, so weiß dieser Glaube doch sehr genau, dass beide von der gleichen Dynamik getrieben werden, der sie nur wenig entgegenzusetzen wissen. Auch nach der Liberalisierung von diesem oder jenem wird man immer noch etwas finden müssen, das man liberalisieren kann. Die Richtungswahl findet nicht zwischen den beiden großen Parteien statt. Aber selbst diejenigen, die sich aus diesem Grund vorgenommen haben, die neue Linkspartei zu wählen, tun dies nicht aus der Überzeugung heraus, dass eine sozialistische Politik die gegenwärtigen Probleme tatsächlich lösen könnte, sondern um dem neoliberalen Grundkonsens wenigstens symbolisch etwas entgegenzusetzen.

Die eigentliche Dramatik der bevorstehenden Wahl besteht daher in der Alternativlosigkeit, die durch das gegenwärtige politische Denken repräsentiert wird. In beiden großen Parteien zeigt sich die Krise der Wachstumslogik besonders deutlich. Während der Wettlauf dieser beiden Parteien daher darin besteht, so viele Elemente wie möglich aus der politischen Ökonomie des Liberalismus in das jeweilige Programm aufzunehmen, wird es in absehbarer Zukunft ganz im Gegenteil darauf ankommen, eine politische Ökologie auszuarbeiten, die sich zumindest teilweise von den Wachstumsimperativen lösen kann. Auch den Grünen ist es bislang nicht gelungen, sich über eine bloße Umweltschutzpartei hinaus zu profilieren. Ihre Gesellschaftstheorie besteht aus einer diffusen Mischung von liberalen, sozialistischen und bürgerrechtlichen Elementen. Was fehlt, ist ein ökologischer Gesellschaftsentwurf, der die viel beschworene Nachhaltigkeit als eine systematische Alternative zu den Wachstumslogiken der politischen Ökonomie entwickelt. Und zwar nicht nur im Bereich der Ressourcen, sondern in allen gesellschaftlichen Feldern. Die ökologische Krise ist keineswegs eine bloße Umweltkrise, die mittels Umweltschutz gelöst werden könnte.

Vielmehr steht damit die gesamte Produktionslogik in Frage. In diesem Sinne könnten ausnahmsweise die Verlierer dieser Wahl die langfristigen Gewinner sein. Denn der Verlust der Macht würde zum Nachdenken zwingen und könnte möglicher Weise dazu führen, dass die

überall anzutreffenden Pragmatiker das Feld räumen.

Quelle: Freitag 33 (19.08.2005), <http://www.freitag.de/2005/33/05330202.php>

Konzept einer ökosozialen Ressourcenbesteuerung

Damian Ludewig

Zur Motivation

Die Frage der Ökologie ist gleichzeitig eine der größten, wenn nicht *die* größte soziale Frage. Getreu dem Leitsatz „Nur Reiche können sich einen armen Staat leisten“ gilt auch:

Nur Reiche können sich den ökologischen Kollaps leisten.

Denn: Von ökologischen Katastrophen werden vor allem die Armen und Schwachen getroffen. Platt gesagt: Reiche Industrienationen bauen sich höhere Dämme – arme Staaten saufen ab.

Das IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change) ist als internationale Forschergruppe der Vereinten Nationen (UN) zu der Einschätzung gelangt, dass sich die globale Durchschnittstemperatur in den nächsten 100 Jahren um bis 6 °C erhöhen wird. Diese Auffassung wird von fast allen Forschern weltweit geteilt (sofern sie nicht gerade ein Gutachten im Auftrag der Öl- oder Kohleindustrie verfassen). Nun mag manch einer denken: sechs Grad wärmer wäre doch ganz angenehm, schließlich sind die deutschen Winter lang und kalt genug. Um die Ausmaße dieser Temperaturveränderungen zu verdeutlichen, sei hier nur ein Hinweis gegeben: Die globale Durch-

schnittstemperatur während der letzten Eiszeit lag um 4 °C niedriger als unsere heutige. Nun mag sich jeder die gravierenden Unterschiede vor Augen führen, die diese geringe Veränderung zur Folge hatte.

Es besteht daher Einigkeit innerhalb des Großteils der Wissenschaft, aber auch weiten Teilen der Bevölkerung, dass der CO₂-Ausstoß radikal gesenkt werden muss.

Dazu sind sowohl ordnungsrechtliche Maßnahmen notwendig (auch und gerade in Bezug auf Produkt- bzw. Verbrauchskennzeichnung), aber auch tiefgreifende Umstrukturierungen im Bereich der Steuern und Abgaben. Denn:

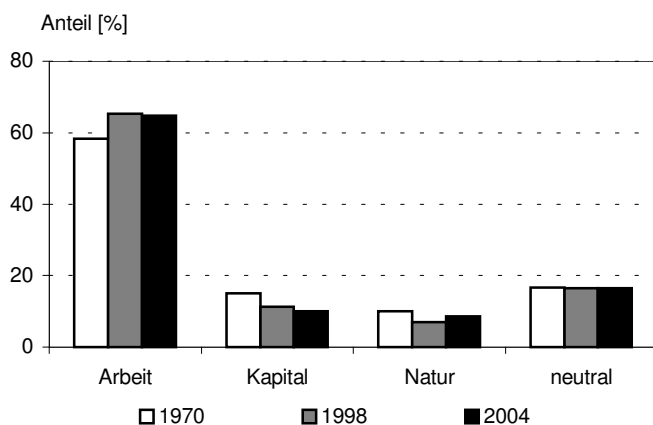
Steuern heißen Steuern, weil sie steuern.

Wir haben heute bereits zahlreiche Steuern und - ob wir wollen oder nicht - sie steuern das Handeln der Wirtschaftssubjekte durch eine Veränderung der Preisstruktur – nur in die falsche Richtung! Jeder weiß aus eigener Erfahrung, dass Preise einen gewissen (wenn auch nicht den einzigen) Einfluss auf Kaufentscheidungen haben. Es ist ja gerade das Hauptargument, warum sich Menschen nicht ökologisch verhalten, dass sie sich dieses nicht leisten könnten: man würde Auto fahren, weil das billiger sei, als mit der Bahn zu reisen, Ökolebensmittel könne man sich nicht leisten und müsse deshalb im Supermarkt einkaufen und die alte Waschmaschine zu reparieren sei sicherlich ökologisch sinnvoller, aber das koste mehr als eine neue zu kaufen etc. Genau hier müssen wir ansetzen:

Der ständige moralische Konflikt zwischen ökonomischem und ökologischem Verhalten muss beseitigt werden.

Heute gehen über 60 % des Steuer- und Abgabenaufkommens zu Lasten des Faktors Arbeit, nur 9 % wird durch die Belastung des Faktors Natur im weitesten Sinne gewonnen – und hierbei sind neben der Mineralöl- und Kfz-Steuer bereits die Tabak-, Schaumwein- und Biersteuer eingerechnet, also alles, was man im weitesten Sinne mit dem Faktor Natur in Verbindung

Verteilung der Steuer- und Abgabenlast auf Produktionsfaktoren



bringen kann.

So motiviert unser heutiges Steuer- und Abgabensystem Unternehmen, immer mehr Arbeit wegzurationalisieren, statt Anreize zu bieten, Ressourcen zu schonen und damit auch das Klima zu schützen und so die natürlichen Lebensgrundlagen für kommende Generationen zu erhalten.

Zur Idee

Der hier vorgeschlagene Ansatz ist, die Belastungen der einzelnen Produktionsfaktoren umzuschichten. Naturverbrauch muss stärker, Arbeit weniger belastet werden. Dies soll keineswegs andere Ansätze für mehr Beschäftigung und eine gerechtere Besteuerung mindern, sondern diese vielmehr sinnvoll ergänzen – wie wird noch im Einzelnen gezeigt.

Wird nun der Faktor Arbeit verbilligt und dafür der Faktor Naturverbrauch verteuert, werden sich entsprechend die Preise ändern: Bahnfahren wird im Vergleich zum Autofahren billiger, da Bahnfahren im Vergleich zum Autofahren energieeffizienter ist, aber durch die Bahnangestellten arbeitsintensiver. Durch die preisliche Besserstellung des Bahnverkehrs wird nun die Nachfrage steigen. Für die Bahn rechnet es sich dann, das Angebot an Verbindungen auszubauen.

Eine Umschichtung der Faktorbelastung hätte aber nicht nur substituierende Wirkungen zwischen den Alternativen Auto und Bahn:

Höhere Preise müssen nicht höhere Kosten bedeuten, wenn entsprechend an der Menge gespart wird.

Autofahrer haben nun den Anreiz, beim nächsten Autokauf (sei es von Neu- oder Gebrauchtwagen) stärker auf den Spritverbrauch zu achten. Etwas höhere Investitionskosten in spritsparende Autos rechnen sich, weil man durch gestiegenen Spritpreise später mehr Geld einspart. Ein heute in Deutschland zugelassener Neuwagen verbraucht durchschnittlich über 8 Liter auf 100 Kilometer. Bei einem Spritpreis von gut einem Euro macht dies ($8 \cdot 1$) mehr als 8 Euro Spritkosten auf 100 km. Schafften sich Deutsche im Durchschnitt alle 10 Jahre ein neues Auto an, würden, wenn man die Spritpreise innerhalb von 10 Jahren verdoppelt und die Menschen sich nun ein Drei-Liter-Auto kaufen, ihre Spritkosten auf $3 \cdot 2 = 6$ Euro sinken! Durch technischen Fortschritt wäre also sowohl die Umwelt, als auch der Geldbeutel entlastet! Dieser technische Fortschritt kommt aber nur zu Stande, wenn es eine entsprechende Nachfrage nach spritsparenden Autos gibt, und die gibt es erst, wenn

die Spritpreise entsprechend steigen.

Auch die Anreize für die Bahn ändern sich: statt weiter Personal abzubauen und somit am Service zu sparen, hätte die Bahn verstärkte Anreize, auf energiesparende Züge zu achten. Entsprechende Wirkungen gibt es auch bei den anderen genannten Beispielen:

Der Ökolandbau ist arbeitsintensiver und dafür weniger energieintensiv (durch verminderten Einsatz von in der Produktion sehr energieintensiven Pestiziden und Düngemitteln) als die konventionelle Landwirtschaft. Ökolebensmittel werden somit im Vergleich zu konventionell angebauten Lebensmitteln billiger. Verbilligt sich die Arbeit, lohnt es sich auch wieder, Geräte reparieren zu lassen. Somit weist die ökosoziale Ressourcenbesteuerung auch einen Ausweg aus der Wegwerfgesellschaft.

Etwaige Nachteile für einzelne Personengruppen sind zu minimieren, jedoch müssen diesen auch die enormen Vorteile für den Rest gegenübergestellt werden!

Eine Frage der Gerechtigkeit...

Eine ökologisch-soziale Umstrukturierung macht nicht nur in Bezug auf Arbeitsplätze und Umweltschutz Sinn, sie ist auch eine Frage der Gerechtigkeit: Allein der Autoverkehr verursacht in Deutschland im Jahr je nach Studie zwischen 30 und 100 Milliarden Euro externer Kosten. Externe Kosten sind solche, die nicht vom Verursacher selbst gezahlt werden, sondern von anderen getragen werden müssen, z. B. in Form von erhöhten Ausgaben für Medikamenten aufgrund von umweltbedingten Luftwegeerkrankungen. Wenn man aber den Schaden, den man verursacht, nicht selbst bezahlen muss, dann hat man zumindest finanziell auch keinen Anreiz, diesen Schaden zu vermeiden. Theoretisch ist dies längst als eine Form von Marktversagen erkannt worden, praktisch hat sich daran noch wenig geändert. Der Verbrauch von Ressourcen verursacht zahlreiche externe Kosten. Daher ist eine entsprechende Besteuerung von Ressourcen nur gerecht.

Noch eine Überlegung führt uns zu der Notwendigkeit einer Ressourcenbesteuerung: Jeder Mensch hat grundsätzlich das gleiche Recht, natürliche Ressourcen zu nutzen. Allerdings sind heute, wo möglich, die Rechte an der Nutzung natürlicher Ressourcen meist bereits verteilt. Wer neu auf die Welt kommt, bekommt nicht automatisch ein Sechsmilliardstel an den weltweiten Ressourcen zugeteilt. Daher müssen Ressourcen besteuert werden, um diejenigen, die auf die Nutzung der Ressourcen verzichten müssen, bzw. dafür bezahlen müssen, finanziell zu entschädigen.

Zum Konzept

Das durch die Besteuerung von Ressourcen erzielte Aufkommen wird durch die Anzahl der Einwohner in Deutschland plus die Anzahl der Beschäftigten geteilt. Den resultierenden Betrag (genannt: der „Ökobonus“) bekommt jeder Bürger und jedes Unternehmen pro im Unternehmen Beschäftigten ausgezahlt.

$$\text{Ökobonus} = \frac{\text{Ressourcenverbrauch} * \text{Steuersatz}}{\text{Einwohnerzahl} + \text{Zahl der Beschäftigten}}$$

Dadurch wird zunächst deutlich gemacht, dass es bei der öko-sozialen Ressourcenbesteuerung nicht um die Erzielung zusätzlichen Steueraufkommens oder gar um „Abzocke“ geht. Es liegt im Entscheidungsspielraum jedes Einzelnen, ob er Ressourcen spart und somit einen höheren Ökobonus bekommt als er an Ressourcensteuern zahlt, also unterm Strich mehr Geld in der Tasche hat, oder ob er dabei finanziell draufzahlt. Wer sich ökologisch verhält, wird finanziell belohnt, ein Umweltsünder zahlt drauf.

Ziel ist es vielmehr, Anreize zu geben, Ressourcen für kommende Generationen zu schonen und Umweltbelastungen zu vermindern. Im Gegenzug können die Kosten für die Schaffung von Arbeitsplätzen gesenkt werden.

Durch den Ökobonus knüpft das Konzept an zahlreiche andere Forderungen zu einer zukunftsweisenden Arbeitsmarktpolitik an:

- Die Entschädigung der Unternehmen bezogen auf den Arbeitsplatz gibt Anreize zu gerechterer Verteilung der Arbeit. Sie könnte eine Arbeitszeitreduzierung finanziell flankieren und ökonomisch attraktiv machen.

Den Flächenverbrauch reduzieren

Rita Kindler

Die deutsche Regierung hat am 17.04.2002 eine „Nationale Nachhaltigkeitsstrategie“ beschlossen. An vierter Stelle (von 21 Punkten) steht die Forderung, bis 2020 den täglichen Flächenverbrauch in Deutschland von damals 130 auf 30 Hektar zu reduzieren. Zwar ist inzwischen der Tagesverbrauch auf etwa 100 Hektar gesunken, aber das ist eher auf die wirtschaftliche Stagnation zurückzuführen. Tatsächliche Maßnahmen fehlen noch.

In Zusammenhang mit der Umwandlung von Agrarland in Bauland gibt es in der BRD seit den 90er-Jahren folgende Instrumente:

- naturschutzrechtliche Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen (neuerdings auch schon

- Die Entschädigung der Bürger pro Person mit dem gleichen Betrag führt zu einer sozialen Umverteilung von oben nach unten: Wer generell wenig Geld hat, gibt auch wenig Geld für den Ressourcenverbrauch aus. Aber auch ein Hartz-Betroffener bekommt den gleichen Betrag rückerstattet wie ein Einkommensmillionär. Dies begünstigt insbesondere Familien mit vielen Kindern, Arbeitslose, Rentner und Studierende.
- Die öko-soziale Ressourcenbesteuerung kann auch als Einstieg in ein bedingungsloses Grundeinkommen gesehen werden. Sie ist damit ein zukunftsweisender Entwurf als radikale Alternative zu Hartz IV und ALG II.

Die öko-soziale Ressourcenbesteuerung hat das Potential, sowohl zahlreiche ökologische, wie auch soziale und arbeitsmarktpolitische Probleme zu lösen. Sie ließe sich daher wunderbar zu einem Gesamtkonzept aus Ressourcenbesteuerung, mehr Verteilungsgerechtigkeit, Arbeitszeitverkürzung und Grundeinkommen ausbauen.

Aktuelle Anmerkung:

In der Schweiz wurde dieses Jahr eine CO₂-Steuer auf Brennstoffe eingeführt - verknüpft mit einer Rückerstattung über den sogenannten Ökobonus. Für den „nationalen Alleingang“ ist es also mal wieder zu spät, aber wir können nun an Erfahrungen aus unserem Nachbarland anknüpfen (nähere Informationen: <http://www.umwelt-schweiz.ch/buwal/de/medien/presse/artikel/20050622/01172/index.html>).

Damian Ludewig ist Landessprecher der WASG Baden-Württemberg.

teilweise in Geld zu entrichten),

- städtebauliche Verträge bei der Erschließung neuen Baulandes.

Diese Maßnahmen sind eher als Begleitmaßnahmen des Flächenverbrauchs einzuordnen. Sie regeln das „wie“, z. B. durch materielle und finanzielle Anforderungen an die Investoren. Der Flächenentzug hat sich damit verteuert, aber er wird nicht gebremst. Der Entzug von Agrarland ist mit der Ausweisung von Ausgleichs- und Ersatzflächen sogar gestiegen.

Um endlich eine „Flächenwende“ herbei zu führen, ist neuerdings eine Versiegelungsgebühr im Gespräch. Auch die Streichung der Eigenheimzulage wird von vielen Seiten gefordert. Sie wurde bereits als „Zersiedelungsprämie“ bezeichnet.

Wenn Umweltziele wie in der „Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie“ geplant werden, müssen dazu adäquate Rahmenbedingungen geschaffen werden. Solange sich Gesetze nur auf verbale Forderungen beschränken, ändert sich nichts. Anzusprechen sind die ökonomischen Interessen. Die Abschaffung der Eigenheimzulage wäre ein solcher Schritt und daher dringend geboten.

Eine Art Ökosteuer auf den Flächenverbrauch erscheint auch sehr sinnvoll.

In bestimmten Grenzen ist die Umwandlung landwirtschaftlicher Flächen in Bauland die normale Begleiterscheinung der wirtschaftlichen Entwicklung und der Bevölkerungswachstums eines Landes und ist auch notwendig. Stagniert die wirtschaftliche Entwicklung und das Bevölkerungswachstum, oder gibt es ein Überangebot an Gewerbeflächen und Wohnungsleerstand, erscheint die Grenze erreicht, wo Flächenentzug zum „**Landchaftsfraß**“ mutiert. Der Flächenverbrauch ist dann überdimensioniert. Diese Grenze hängt eng mit den bestehenden ökonomischen Verhältnissen und dem gewollten Bedarf der Bürger zusammen. Landschaftsverbrauch darf nur im Interesse der Allgemeinheit erfolgen, weil er die ökonomischen und ökologischen Potenziale der Landschaft schmälert. Es sind Umweltaufwendungen erforderlich, für die meist das Geld fehlt. Werden landwirtschaftliche Nutzflächen allein aus Gründen der Kapitalvermehrung in Bauland umgewandelt, ist das nicht zu verantworten. Solche als „normal“ geltende ökonomischen Interessen gehören nicht zu einem nachhaltigen Wirtschaftssystem.

Historischer Rückblick

Ein Ost-West-Vergleich des deutschen Landschaftsverbrauchs zeigt:

- In einer Marktwirtschaft des westdeutschen Modells wurde ein hohes Tempo des Flächenverbrauchs erreicht. Der Zuwachs von Siedlungs- und Verkehrsflächen (einschl. der Erholungsflächen) betrug in den letzten 40 Jahren im früheren Bundesgebiet 63 %. Es gab hohe Bodenpreise, aber keinen sparsamen Umgang mit dem Boden.
- In einem planwirtschaftlichen System wie in der DDR nahmen bei gesellschaftlichen Eigentümern an Produktionsmitteln und niedrigen Bodenbewertungen die landwirtschaftlichen Flächen weniger ab. Die Siedlungs- und Verkehrsfläche stieg in 40 Jahren nur um 20 %. Das System war vom Mangel geprägt. Der Nachhaltigkeit genügt es aber auch nicht (davon zeugt der ho-

he Flächenverbrauch für den Braunkohletagebau und der Bau von Trabantenstädten bei Vernachlässigung der Altbauten). Es gab eine Bodennutzungsgebühr, die die Umwandlung von Agrarland in Bauland minimieren sollte, aber wegen mangelnder Marktwirtschaft wenig bewirkte.

Mit Einführung des westdeutschen Modells der Marktwirtschaft begann in den neuen Bundesländern sofort nach der Wiedervereinigung der „Landschaftsfraß“. Nach 1990 begannen die spekulativen ökonomischen Interessen zu wirken. 1993-1997 wurde im Osten bereits ein höherer prozentualer Zuwachs der Siedlungs- und Verkehrsfläche als im Westen erreicht. Der Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche liegt im Osten gegenwärtig bei 8,2 % In den alten Bundesländern ist das Niveau noch wesentlich höher (12,9 % Anteil an der Territorialfläche). Also ergibt sich schlussfolgernd: Notwendig ist ein anderes Modell der Marktwirtschaft.

Im Jahr 2000 wurde in der Presse von 130 Hektar Landschaftsverbrauch pro Tag und 900 Quadratmeter pro Minute gesprochen. Jede Minute wird also ein mittleres Baugrundstück mit den dazugehörigen Flächen für die Infrastruktur von der landwirtschaftlichen Nutzfläche abgezwickelt. Diese Entwicklung vollzieht sich bei relativ stabilen Bevölkerungszahlen und bei einem prognostiziertem Schwund der Bevölkerung. Die Wohnungsfläche je Einwohner steigt kontinuierlich an.

Was bedeutet der ständige Rückgang des Agrarlandes?

Der Rückgang der landwirtschaftlichen Nutzflächen ist der wesentliche Indikator des Anstiegs der Siedlungs- und Verkehrsfläche und damit des Verbrauchs von offenen Landschaften. Ein langfristig überdimensionierter Rückgang des Agrarlandes bedeutet, dass die Landwirte auf immer geringerer Fläche wirtschaften müssen und die ökologischen Leistungen der offenen Landschaften eingeschränkt werden. Bei 100 Hektar Tagesverbrauch entfällt jährlich die Ernährungsbasis einer mittleren Stadt mit etwa 219000 Einwohnern. Diese Leistung ist durch Intensivierung oder durch Importe zu ersetzen. Die Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion ist eine zwingende Begleiterscheinung, um Ertragsverluste auszugleichen. Damit steigt der Einsatz von mineralischen Düngern und chemischen Wirkstoffen. Die Einfuhr von Eiweißfuttermitteln hat ein enormes Ausmaß erreicht. Damit nehmen wir den armen Ländern des Südens wertvolle Nährstoffe, die sie dringend

selbst brauchen.

Weiter verzichten wir auf natürliche Gratisfunktionen wie die Trinkwassergewinnung, die Absorption von Kohlendioxid, die Erhaltung von Tier- und Pflanzenarten u. a. Diese ökologischen Leistungen werden auch als Ausgleichs-, Filter- und Pufferfunktion der offenen Landschaften bezeichnet. Versiegelung, Zerschneidung und Zersiedelung der Landschaften zerstören das ökologische Potential. Sie müssten eigentlich durch Folgeaufwendungen ausgeglichen werden. Entweder wachsende gesellschaftliche Substitutions- und Kompensationsaufwendungen oder – falls diese gesellschaftlich nicht finanzierbar sind – Verschlechterung des ökologischen Leistungspotentials der offenen Landschaften. Zur Reaktivierung und Optimierung dieser wichtigen Funktion der land- und forstwirtschaftlichen Flächen ist gesellschaftlicher Umweltschutzaufwand erforderlich. Weitgehend klar ist, welche Maßnahmen zum Ausgleich der bisher gratis genutzten ökologischen Leistungen der offenen Landschaften erforderlich sind. Weniger klar ist, woher die finanziellen Mittel dafür herkommen sollen. Eine zusätzliche Abgabe und die Bildung eines „Fonds Umwelt“ wäre ein Ausweg.

Ursachen des überdimensionierten Flächenverbrauchs

Wer sich mit den Ursachen beschäftigt, muss feststellen: Es gibt nur ökonomische Interessen, die auf steten Landschaftsverbrauch gerichtet sind. Gegenläufige ökonomische Interessen fehlen. Selbst die positiven Aspekte des Stadtplanungsrechtes und der Bauleitplanung zum sparsamen Umgang mit Agrarland werden von den ökonomischen Interessen überdeckt. Die Kommunen sind aus Finanznot meist nicht der Träger der Umweltbelange. Deshalb findet Landschaftsverbrauch statt, egal ob der Boden sich im öffentlichen oder privaten Besitz befindet.

Da es sich um externe Folgekosten handelt, sollte damit der Verursacher belastet werden. Diese Forderung stellte Pigou bereits 1920 auf, als er Preise forderte, die die wirtschaftliche und ökologische Wahrheit sagen. Beim Aufwand für die öffentliche Infrastruktur werden die Investoren wenigstens teilweise mit Erschließungsbeiträgen herangezogen (im Rahmen der Baulandentwicklungskosten). Zu den Verursachern gehören aber auch die Spekulanten, die Agrarland billig aufkaufen und es versilbern. Sie sind nicht mit den Investoren identisch, die bisher durch Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen belastet werden.

Bodennutzung ist ein höchst komplexes Problem: Es ist nicht aus Einzelsicht möglich, volkswirtschaftlich und im Sinne der Umwelt richtig zu entscheiden und zu optimieren. Die Erhaltung unserer Umwelt ist bereits zur Existenzfrage der gesamten Menschheit geworden, wie in der Forderung des nachhaltigen Wirtschaftens und Konsumierens postuliert wird. Da das Problem erkannt ist, sollte man optimistisch davon ausgehen, dass die Bedingungen seiner Lösung auch heranreifen. Um den Druck von unten zu vergrößern, mehr Menschen von der Veränderbarkeit neuer Rahmenbedingungen zu überzeugen, sind die Möglichkeiten der Umgestaltung der ökonomischen Interessen stärker in den Mittelpunkt der Diskussion zu rücken.

Kritik des Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen

Warum wirken die in den neunziger Jahren in Deutschland eingeführten Maßnahmen nicht, wie die Zahlen des Landschaftsverbrauchs beweisen? Die naturschutzrechtliche Ausgleichsregelung vermag zwar, einen Teil der Grundrente abzuschöpfen, indem sie die Investoren zu Aufwendungen verpflichtet. Das wirkt kleinräumig positiv, wie ökologische Auflagen zur Anlage von Streuobstwiesen, Schutzgehölzen oder das Pflanzen von Einzelbäumen beweisen. Die Maßnahmen dienen damit dem Grundwasserschutz, dem Artenschutz und verbessern das Landschaftsbild.

Nicht zu diesen Maßnahmen zählt allerdings die Honorierung der ökologischen Leistungen der Land- und Forstwirte. Diese erfolgt aus Fördermitteln und belastet nach wie vor das Budget der Länder und des Bundes (also der Steuerzahler). Das Gleiche trifft zu auf den eigentlich vorhandenen Finanzbedarf für internationale, wahrscheinlich effektivere Umweltmaßnahmen zu, die über die Klimaverbesserung auf uns zurückwirken würden.

Außerdem ist die naturschutzrechtliche Ausgleichsregelung mit der Verschwendung von Geld und Land verbunden:

- Es wird viel Geld für den Erwerb der Ausgleichsflächen ausgegeben, dieses Geld kommt nicht der Umwelt zu Gute, sondern den Grundeigentümern (Als neue Marktkategorie hat sich die **ökologische Ausgleichsfläche** etabliert. Sie ist wesentlich teurer als das normale Agrarland.) Die Grundeigentümer erzielen einen Preisaufschlag, weil die Gesellschaft Anstrengungen auf dem Gebiet des Umweltschutzes unternimmt.

- Die landwirtschaftliche Nutzfläche wird durch die Ausgleichsflächen zusätzlich dezimiert. Den Landwirten wird täglich Boden und damit die Basis von Arbeitsplätzen entzogen. Besser wäre, die Landwirte für eine nachhaltige Landwirtschaft zu honorieren.

Fazit: die Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen wirken kontraproduktiv. Die Investoren werden zwar mit höheren Kosten belastet, wenn sie Agrarland in Bauland umwandeln. Die finanziellen Mittel kommen aber nur zu einem geringen Teil an der richtigen Stelle an.

Der eigentlich für die Umwelt zu erbringende Aufwand gelangt zu einem größeren Teil in die Hände der Grundeigentümer. Das sind zu 2/3 in Deutschland Nichtlandwirte, die das Geld ohne Gegenleistung einstecken und meist für konsumtive Zwecke ausgeben. Ausgehend von der Eigentumsstruktur des Agrarlandes kann man schließen, dass nur $\frac{1}{3}$ des Geldes in die Hände von Landwirten gelangt. Hier dient es vorrangig dazu, auf der verbleibenden Landwirtschaftsfläche intensiver zu wirtschaften. In beiden Fällen werden die Gelder der Ausgleichsmaßnahmen nicht für den eigentlich notwendigen Umweltschutzaufwand wirksam. Dieser muss folglich weiterhin von der öffentlichen Hand aufgebracht werden. Außerdem wird vielfach produktives Ackerland in ökologische Ausgleichsfläche umgewandelt, was eine Unterschätzung der ökologischen Leistungen der bewirtschafteten Landwirtschaftsflächen darstellt und unnötigerweise die Produktionsbasis der Landwirte einschränkt.

Vorschläge für kurzfristige Änderungen

Eine Weiterentwicklung der naturschutzrechtlichen Ausgleichsregelung ist neuerdings durch die Zahlung eines Geldbetrages auf ein Ökoko-Konto möglich. Diese Möglichkeit sollte zu einem „muss“ entwickelt werden und auf den zusätzlichen Landerwerb nur für Ausgleichsmaßnahmen sollte weitgehend verzichtet werden. Die generelle Ergänzung der naturschutzrechtlichen Ausgleichsregelung durch eine geldliche Abgabe für den Umweltschutz scheint geboten. Die Geldabgabe für den Flächenverbrauch wäre inhaltlich eine Ökoabgabe. Man könnte sie auch Versiegelungsgebühr nennen. Sie

sollte als Ersatz von direkten Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen vom Investor (als Verursacher) aufgebracht werden, zusätzlich aber auch von Nichtlandwirten, die Agrarland verkaufen und den erzielten Bodenpreis nicht als Ersatz für den entzogenen Boden einsetzen. Eine Geldabgabe prozentual vom Verkaufserlös wäre eine Umsatzsteuer auf den Bodenverkauf. Eine solche Steuer gibt es in Dänemark unter dem Namen Freigabesteuer. Die Einführung der genannten Ökoabgabe bzw. Versiegelungsgebühr hätte folgende Vorteile:

- Die Mittel für den ökologischen Ausgleich/Ersatz eines bestimmten Flächenentzuges können für eine umweltschonende land- und forstwirtschaftliche Bodennutzung verwendet werden. Sie vergrößern dann nicht den Reichtum der Grundeigentümer, sondern dienen direkt dem Umweltschutz. Es können viel mehr Ausgleichsmaßnahmen als bisher erfolgen, auch komplexer Art.
- Der Veräußerer von Agrarland stellt einen Teil des erzielten Bodenpreises für Umweltzwecke zur Verfügung. Das ist sozial gerechtfertigt, da Bodenpreise tendenziell die ehemaligen Erwerbskosten des Agrarlandes übersteigen (spekulativer Wertzuwachs).

Beide Arten der Geldbeträge könnten unter einem gemeinsamen Namen erhoben werden, egal, ob als Versiegelungs- oder Freigabesteuer. Sie setzten nicht nur beim Verursacher, sondern auch dort an, wo die ökonomischen Interessen bisher noch nicht angetastet wurden – beim Veräußerer von Agrarland. Einem Eigentümer von Agrarland sind aber in jedem Fall bei Entzug seines Bodens diejenigen Preisbestandteile zu garantieren, die den Ertragswert des Agrarlandes abdecken. Das geschieht über die Bodenpreise des normalen Agrarlandes. Die abgeschöpften Mittel sind zur Finanzierung des gesellschaftlichen Umweltschutzaufwandes heranzuziehen. Dazu eignet sich ein „Fonds Umwelt“, der eine zweckgebundene Verwendung sichert.

Näheres im neu erschienenen Buch: R. Kindler: „Landschaftsfraß“ siehe Bücherecke.

Es ist schwieriger, eine vorgefasste Meinung zu zertrümmern, als ein Atom.

Albert Einstein

Energiepolitik der PDS in Kommunen, Kreisen und Regionen. Empfehlungen der Ökologischen Plattform bei der Linkspartei.PDS

Zusammengestellt von Götz Brandt

Die **Handlungsvorschläge für die Basisorganisationen der PDS** und ihre gewählten Vertreter in den Gremien der Kommunen und Kreise gründen sich auf den **Energiepolitischen Grundpositionen der PDS**, die als bekannt vorausgesetzt werden und als Arbeitspapier in der Sitzung der BAG am 2.12.2004 bestätigt und in der Tarantel Nr. 28 (März 2005) auf den Seiten 31 bis 38 veröffentlicht worden sind.

Anders als auf der Ebene der Bundes- und der Länderregierungen, wo es um Gesetzesvorlagen und die Gestaltung ihres Inhalts geht, ist die Energiepolitik an der gesellschaftlichen Basis von konkreten Einzelmaßnahmen zur Energiewende gekennzeichnet.

Warum muss sich die PDS um die Einführung der erneuerbaren Energien kümmern?

Bei der Gestaltung einer sozial-ökologischen Gesellschaft hat die Energiepolitik eine wesentliche Bedeutung. Die Vorräte an fossilen und nuklearen Brennstoffen sind in etwa 40 Jahren aufgebraucht. Unsere Enkel werden diese Umbruchzeit als reife Menschen wieder dürfen nicht auf Kosten unserer Nachkommen alle Energievorräte der Erde verbrauchen oder sogar vergeuden. Weiterhin geht es um die Rettung der Menschheit vor Klimakatastrophen, die durch die steigenden Emissionen vor allem von Kohlendioxidgasen verursacht werden. Die Gesellschaft muss eine andere nachhaltige technische Energiebasis schaffen, um zu überleben. Eine Energiewende hin zur Sonnenenergie in vielfältigen technischen Varianten muss schnell erfolgen. Sie muss spätestens in 20 Jahren vollendet sein, um die Klimaänderungen zu mildern und eine Katastrophe zu vermeiden. Die Energiemonopole, die die Einführung der erneuerbaren Energie behindern, wollen ihre Großkraftwerke 30 bis 40 Jahre nutzen und zudem noch neue bauen. Das muss im Interesse des Fortbestands der Menschheit verhindert werden. Außerdem geht es um die Stärkung der regionalen Wirtschaft, um regionale Wertschöpfung und um die Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Die potentiellen Verbündeten der Basisgruppen

Wenn Maßnahmen zur Einführung Erneuerbarer Energien durchgesetzt werden sollen, dann kann nicht nur mit den interessierten Bürgern gerechnet werden, sondern auch mit

- den im Osten schwachen örtlichen Kräfte von Bündnis 90 /Die Grünen,
- den Naturschutzvereinen und –verbänden,
- den Mitarbeitern in der Lokalen Agenda 21,
- den Kirchen und Pastoren, denen es um den Erhalt der Schöpfung geht (kirchlicher Umweltkreis in der Grünen Liga),
- SPD-Mitgliedern, welche die Regierungspolitik zur Förderung der erneuerbaren Energie aktiv unterstützen wollen,
- den Unternehmern und Handwerkern, die mit erneuerbarer Energie in Planung, Produktion und Installation zu tun haben und davon leben,
- dem Bauernverband,
- den Forstbetrieben,
- auch mit einzelnen CDU/CSU-Mitgliedern, die der Politik ihrer Parteiführung zur Unterstützung der Strommonopole nicht folgen und die Einführung von erneuerbarer Energie fordern.

Beispiele schaffen

In den Kommunen und Kreisen geht es vor allem darum, **Beispiele der öffentlichen Hand** zu schaffen, damit die Bürger auf das Problem der nachhaltigen Energieversorgung aufmerksam gemacht werden. In den kommunalen und kreiseigenen Verwaltungsgebäuden, Schulen, Turnhallen, Schwimmbädern, Sporteinrichtungen, Bauhöfen und Fahrzeugen müssen die Warmwasserbereitung, Heizung, Stromgewinnung und der Treibstoffverbrauch der Fahrzeuge auf der Basis erneuerbarer Energien erfolgen. Dazu müssen die Fraktionen Anträge einreichen und begründen.

Energie-Contracting für kommunale Gebäude

Einspar-Contracting bedeutet, dass Eigentümer von Gebäuden deren energetische Anlagen an eine Dienstleistungsfirma unter Mitgabe eines festen Budgets für den Energiebezug,

die Bewirtschaftung der energetischen Anlagen und für Ersatzinvestitionen, festgelegt in einem Dienstleistungsvertrag, übergeben und dabei eine vertraglich garantierte Energieverbrauchsreduktion vereinbaren. Erfahrungen im Saarland mit solchen Verträgen brachten Einsparungen bei Strom von 2–5 %, bei Wasser 8–12 % und bei der Heizung von 17–24 %. Von den 1 Millionen Gebäuden, die es in Deutschland gibt, sind nicht viel mehr als 60000 Gebäude über Contracting-Verträge gebunden. Wir stehen also ganz am Anfang bei der Nutzung dieser Möglichkeit zur Energieeinsparung.

Unser Standpunkt:

1. Für alle kommunale Gebäude sollte geprüft werden, ob ein Contracting-Dienstleistungsvertrag mit einer auf Energieeinsparung spezialisierten Firma sinnvoll und möglich ist.
2. Wird dieser Weg nicht gewählt, dann sollten Einspar-Checks durchgeführt werden.

Mit der Sonne heizen

Gegenwärtig werden die Wohnungen in Deutschland zu 54 % mit Gas, zu 36 % mit Heizöl, zu 4 % mit Kohle und zu 6 % mit Strom geheizt. Die Sonne beheizt über photothermische Anlagen nur 4 % der Häuser und deckt dabei nur 0,2 % des gesamten Wärmeverbrauchs. Wir stehen also ganz am Anfang bei der Nutzung der Sonne für die Heizung unserer Wohnungen.

Üblich ist es, solarthermische Anlagen auf den Dächern zu installieren. Südausrichtung des Daches ohne Verschattung nutzen die Sonnenstrahlen am besten. Der Wirkungsgrad von Kollektoren kann 65 % erreichen (Vakuumröhrenkollektoren). Dagegen haben Photovoltaikanlagen nur 10 % Wirkungsgrad.

Gerade in den Wintermonaten, wenn viel Wärme gebraucht wird, beträgt die Wärmeausbeute nur 20 bis 30 % der in den Sommermonaten gewonnenen Wärme. Eine solarthermische Anlage müsste also für die Wintermonate dimensioniert werden. Gewöhnlich werden auf einem Einfamilienhaus aber nur 4 m² Kollektorfläche installiert, mit der man 60 % des jährlichen Heizbedarfes und 100 % des Warmwasserbedarfes decken kann. Im Winter ist also eine Nachheizung notwendig. Bis zu 80 % des Wärmebedarfes kann man abdecken, wenn man eine 15 m² große Kollektorfläche aufs Dach baut.

Von den etwa 3000 km² Dachflächen sind in Deutschland nur 1000 km² für die Sonnenenergiegewinnung geeignet. Installiert wurden in Deutschland bisher nur 5 km² Kollektoren-

fläche, das sind nur 0,5 % der geeigneten Flächen. Die Herstellerfirmen können jährlich für 1 km² Kollektorflächen liefern. Es geht also langsam voran mit der Energiewende zur Sonnenwärme.

Unser Standpunkt:

1. Solarwärmeversorgung wurde bisher gegenüber der Solarstromerzeugung unzulässig vernachlässigt. Deshalb müssen öffentliche Gebäude vorrangig mit solarthermischen Anlagen ausgerüstet werden.
2. Von uns sollten für Einfamilienhäuser größere Kollektorflächen mit bis zu 15 m² ins Gespräch gebracht werden in Kombination mit einer Fußbodenheizung oder Luftheizung, die schon mit Kollektoraustrittstemperaturen von 28 °C betrieben werden können. In dieser Kombination wird die größte Energiegewinnung aus der Sonne erreicht.
3. Für öffentliche Gebäude kann eine Wärmesammlung im Sommer und Nutzung im Winter diskutiert werden. Ein großer isolierter Warmwasserspeicher wird dann im Winter angezapft.
4. Für neue Wohnsiedlungen sollte als Variante auch eine solarthermische Anlage mit Fernwärmeversorgung durchgerechnet werden. Für 1000 Einwohner sind etwa 10000 m² Kollektorfläche (1 ha) notwendig und ein Warmwasserspeicher mit 30000 m³ Fassungsvermögen. In Schweden arbeitet bereits eine derartige Pilotanlage.

Wärmeverluste der Gebäude verringern

Private Haushalte verbrauchen etwa 40 % des gesamten Endenergieverbrauches, wovon 87 % auf die Heizung der Wohnräume entfallen. Von der Heizenergie gehen gegenwärtig etwa 40 % durch die schlecht gedämmten Wände verloren. Hier gibt es ein Energieeinsparpotential von bis zu 70 % des Energieverbrauchs.

Durch verbesserte Wärmedämmung können 50 bis 60 % des Raumwärmebedarfes eingespart werden. Der durchschnittliche Wärmeverbrauch könnte mit den bekannten Wärmedämmmaßnahmen von gegenwärtig 180 kWh/m² Wohnfläche auf 70 gesenkt werden. Gebäude stehen 50 bis 100 Jahre, sodass sich jede Maßnahme über einen längeren Zeitraum auswirkt und auch rentiert. Aber es ist dem Vermieter egal, wieviel Heizkosten die Mieter zahlen, er kann alles umlegen.

Unser Standpunkt:

1. Bei Neubauten muss durch Beratung des Bauamtes der Bauherr und der Architekt beeinflusst werden, für den Neubau ener-

getisch optimale Lösungen zu finden (Niedrigenergiehaus, Passivhaus, Autarkhaus).

2. Altbauten im Wohnungsbestand der öffentlichen Hand sollten eine optimale Wärmedämmung erhalten und die Einsparungen an Heizenergie sollten (in der Ortzeitung) bekannt gemacht werden. Das soll zur Nachahmung anregen.

Sonnenstromanlagen sind zweitrangig

Solarzellen (Photovoltaik) können in der technischen Reife mit anderen Technologien zur Gewinnung erneuerbarer Energien zur Zeit noch nicht konkurrieren. Das war womöglich auch der Grund, weshalb schon die Regierung Kohl die Photovoltaik gefördert hat, weil diese den Stromkonzernen nicht gefährlich werden konnte und auch gegenwärtig nicht kann.

Im Vergleich zu Windenergieanlagen sind solarthermischen Anlagen im Wirkungsgrad 4-mal niedriger. Die Investitionskosten sind je installiertes kW Leistung 4–5-mal höher und die Energierücklaufzeiten 3–5-mal länger. Die Zeit für eine breite Anwendung der Photovoltaik ist noch nicht reif, es besteht noch ein erheblicher Forschungsbedarf, bis der Wirkungsgrad von jetzt 10–15 % auf die physikalisch möglichen 40 % erhöht worden ist (in den USA von Forschungsinstituten erreicht!). Für einen Haushalt mit durchschnittlichen 4500 kWh/a Strombedarf sind bei 50%iger Deckungsrate etwa 45 m² Module notwendig, bei 100%iger Deckungsrate sind es 220 m² Dachfläche, die benötigt werden. Das gilt aber nur im Durchschnitt des Jahres. Im Dezember fällt 10-mal weniger Sonnenenergie je m² an als im Juli. Strom ist nicht speicherbar, er muss verbraucht werden, wenn er anfällt. Um auch im Dezember die Stromversorgung sicher zu stellen, wären 2200 m² Dachfläche je Haushalt notwendig und in ganz Deutschland 6600 km² Dachfläche. Es gibt aber nur 1000 km² geeignete Dachflächen.

Photovoltaik liefert gegenwärtig nur 0,05 % des Stromes und ist damit ein zu vernachlässigender Posten in der Energierechnung. Dagegen stellt die Windenergie bereits 8 % des Strombedarfs sicher.

Unser Standpunkt:

1. Für die Sonnenenergiegewinnung geeignete Dachflächen sollten vorrangig für die Photothermie und nicht für die Photovoltaik genutzt werden. Die Ausbeute an erneuerbarer Energie ist bei Photothermie viel höher. Die Dachflächen, die eine volle Sonneneinstrahlung haben, sind in Deutschland mit nur 1000 km² begrenzt verfügbar.

2. Große Photovoltaikanlagen mit 4– 5 MW Leistung, die in Deutschland vorrangig von den Erdölkonzernen (BP, Shell) errichtet worden sind, stehen auf Brachflächen (Restlöcher des Braunkohletagebaus) und sollten von uns im Genehmigungsverfahren unterstützt werden. Ziel der Konzerne ist die Abfassung der hohen über 20 Jahre garantierten Einspeisepreise von 45,7 ct/kWh (jährlich 5 % weniger). In Arnstein wird das weltweit größte Solarfeld auf 77 ha mit 12,4 MW Leistung geplant.
3. Vertretbar sind Photovoltaiksysteme bei fern vom Netz liegenden einzelnen Gehöften, Bauden, Wochenendhäusern, weil die Stromzuführungskosten noch höher liegen als die hohen Kosten für einen Photovoltaikanlage mit Batterien zur Speicherung des Stromes.

Stromerzeugung mit Windenergie

Von allen technischen Lösungen zur Erzeugung erneuerbarer Energien haben bisher nur die Windräder einen nennenswerten Anteil an der Stromerzeugung gebracht. Immerhin stellen sie bereits 8 % des Strombedarfs sicher. Nach den Plänen der Bundesregierung sollen es bis 2020 20 % sein. Das alles ist gegen die Pläne der Stromkonzerne durchgesetzt worden, die allein in den Windrädern eine echte Konkurrenz für ihre Kohle- und Atom-Großkraftwerke sehen. Deshalb wird auch von den Stromkonzernen eine permanente Medienkampagne gegen die Windkraft geführt, unterstützt von der CDU/CSU/FDP. Vorgeschiedt werden die Naturschutzverbände und die Tourismusindustrie. Die Argumente der Stromindustrie selbst, nämlich dass durch den un stetig anfallenden Windstrom die Netzstabilität gefährdet wäre, wurde durch die Entwicklung einer neuen Software von Siemens und der verbesserten Vorhersage der Windgeschwindigkeiten kompensiert. Davon wird nun nicht mehr geredet. Jetzt wird der Neubau von Stromleitungen zu den Windfeldern als Hindernis angeführt, wobei außer Acht gelassen wird, dass diese Leitungen von den Eigentümern der Windfelder bezahlt werden. Nun muss die Tourismusindustrie die „Verschandelung“ der Landschaft und die Störung der Touristen anprangern. Deshalb wurden Abstandsvorschriften zu Wohnungen erlassen. Die Naturschutzverbände, die vor allem Vogelverluste einklagten, haben inzwischen durch Forschungen das Vogelverhalten aufgeklärt. Nur wenige Arten weichen den Windrädern nicht aus und es gibt Verluste. Der Vogelotod durch Hochspannungsleitungen, PKW und LKW, Fenster

und Katzen ist 400-mal größer als der durch die 15 000 Windräder.

Unser Standpunkt:

1. Windradstandorte müssen sorgfältig ausgewählt werden und gemeinsam mit den betroffenen Bürgern festgelegt werden. Die Empfehlungen des Bundesamtes für Naturschutz zum Standort von Windrädern müssen dabei beachtet werden. Einer absolute Gegnerschaft gegen die Windkraft muss durch Aufklärung durch Fachleute entgegengetreten werden.
2. Im Inland sollten vor allem die vorhandenen Anlagen durch sog. Repowering, d. h. Ersatz von Windrädern mit geringer Leistung durch solche mit hoher Leistung, leistungsstärker gemacht wird. Dadurch kann die Leistung verdoppelt werden, denn früher wurden vor allem Windräder im Leistungsbereich unter 1 MW errichtet und heute sind Leistungen von 4–5 MW möglich. Repowering wird in vielen Bundesländern durch restriktive Abstandregelungen verhindert, was die Senkung der Stromkosten behindert.
3. Windkraftfelder mit 10–20 Windrädern sind kostengünstiger, weil die notwendige Trafostation hohe Kosten verursacht. Durch Konzentration der Windräder wird die Landschaft nur an einer Stelle beeinträchtigt.
4. Vorrangig sollten aber neue off-shore-Felder im Küstenbereich erschlossen werden, weil auf See die Windgeschwindigkeiten höher sind und der Wind stetig weht. Die Küstengemeinden müssen hier bei der Standortsuche konstruktiv mitarbeiten. Das politische Ziel der Bundesregierung ist der Aufbau von off-shore Windfeldern mit 25000 MW. Zur Zeit liegen Anträge für 70000 MW in deutschen Gewässern vor.

Keine neuen Hochspannungs-Freilandtrassen

Der Aufbau von Windparks macht den Anschluss an das bestehende Hochspannungsnetz erforderlich, insbesondere beim Anschluss von off-shore Windparks. Im sog. Brakelmann-Gutachten wurde nachgewiesen, dass auf der 110 kV-Ebene **Erdkabel in Bau und Betrieb preiswerter als Freilandtrassen sind**. Das Genehmigungsverfahren ist bei Erdkabeln mit 1–2 Jahren wesentlich kürzer als bei Freileitungen.

Unser Standpunkt:

Neue Freileitungen sollten von den kommunalen Gremien abgelehnt werden. Entsprechende Anträge sollten von der PDS-Fraktion eingebracht werden. Freileitungen zerschneiden

die Landschaft und führen zum Abholzen von Feldgehölzen und Waldstreifen.

Strom und Wärme aus Biomasse

Biomasse fällt vor allem in der Landwirtschaft an. In einem Fermenter wird durch Zersetzung der Biomasse durch anaerobe Bakterien Biogas erzeugt, das kontinuierlich anfällt und die Biogasanlage damit grundlastfähig macht. Außerdem fällt wertvoller Humusdünger an, der pflanzenverträglicher und geruchsärmer als Gülle ist. Eine Großvieheinheit (GVE) = 1 Rind oder 6 Mastschweine oder 250 Hühner liefert je Tag 1,5 m³ Biogas, das einen Energiegehalt von ²/₃ des Erdgases hat. Biogas besteht zu großen Teilen aus Methan, das 21-mal stärker als Kohlendioxid zum Klimawandel beiträgt und aus der Gülle entweicht, wenn es nicht in den Fermenter gelangt. Biogasanlagen tragen also erheblich zur Milderung des Klimawandels bei.

In den Landwirtschaftsbetrieben sind zur Zeit weit über 1000 Biogasanlagen im Einsatz, vorwiegend in Süddeutschland. Es wird vor allem Strom erzeugt und ins Netz eingespeist. Das gibt einen guten Nebenverdienst.

In Deutschland fällt in der Landwirtschaft soviel Biomasse an, dass damit etwa 4 % des Gesamtenergiebedarfs gedeckt werden könnten.

Unser Standpunkt:

1. In jedem Dorf sollte eine gemeinschaftliche Biogasanlage entstehen, die sowohl Strom erzeugt als auch Wärme für die Heizung von Wohn- und Büroraum, Werkstätten und die Trocknung von Erntegütern liefert. Je größer die Anlage, um so geringer sind die spezifischen Investitionskosten. Es gibt bereits Biogasanlagen mit 1 MW installierte Leistung, z. B. in Kevelaer.
2. Es kann nicht empfohlen werden, Holzschnitzel in Biogasanlagen einzusetzen. Holz hat einen hohen Ligningehalt, den die anaeroben Bakterien, die in der Evolution „früher erfunden“ wurden, nicht abbauen können. Deshalb ist es sinnvoller, Stamm- und Derbholz zu verbrennen.
3. Gegenwärtig lohnt es sich, sog. Energiepflanzen anzubauen, besonders auf Stilllegungsflächen. Damit kann mehr Biogas erzeugt werden und es werden neue Arbeitsplätze geschaffen.

Kraft-Wärme-Kopplung nutzen

Wird mit der Verbrennung von Energieträgern Dampf erzeugt, so kann dieser sowohl über Turbinen zur Stromerzeugung eingesetzt werden als auch danach als Abwärme für die Hei-

zung von Wohnungen. Gewöhnlich geht bei Kondensationskraftwerken $\frac{2}{3}$ der Primärenergie als Abwärme verloren und wird nicht genutzt. Ideal sind Verhältnisse, wo der Bedarf an Strom und Wärme ganzjährig im Verhältnis 1 : 2 von den Verbrauchern abgefordert wird. Dann könnte ein Wirkungsgrad von 85 % erreicht werden gegen sonst nur etwas über 30 %.

In der BRD haben aber nur 15 % der Verbraucher einen Fernwärmeanschluss, in Norwegen 40 % und in Dänemark 50 %. Die Fernwärmanlagen der DDR wurden nach dem Beitritt weitgehend stillgelegt.

Ein Fernwärmenetz ist nur in einem Umkreis von 50 km um ein Kraftwerk noch wirtschaftlich.

Unser Standpunkt:

1. Die stillgelegten Fernwärmenetze der DDR sollten rekonstruiert und wieder in Betrieb genommen werden.
2. Bei kommunalen Kraftwerken, die die Wärme noch nicht nutzen, muss geprüft werden, welche Möglichkeiten zum Bau eines Fernheiznetzes bestehen.
3. Bei jedem Neubau oder der Rekonstruktion eines Kraftwerkes ist unbedingt die Möglichkeit einer Kraft-Wärme-Kopplung zu prüfen.

Gefälle alter Wassermühlen nutzen

In Deutschland gibt es derzeit etwa 5000 kleine Wasserwerke unter 1 MW installierte Leistung. Sie haben einen Anteil von 8,3 % an der Stromerzeugung aus Wasserkraft. Früher gab es in Deutschland über 80000 Wassermühlen, die stillgelegt worden sind oder noch als Touristenattraktion vorhanden sind. Die größten Reserven an kleiner Wasserkraft gibt es in den neuen Bundesländern.

Unser Standpunkt:

1. Überall dort, wo früher eine Wassermühle stand, ist auch Gefälle für ein Klein-Wasserkraftwerk vorhanden. Die Kommunen sollten sich die Aufgabe stellen, dieses Gefälle für die Versorgung ihrer Gemeinde mit Strom zu nutzen.
2. Bei der Planung ist eine enge Zusammenarbeit mit den Naturschutzverbänden und der Wasserbehörde sowie den Anglervereinen und Fischzuchtbetrieben notwendig. Erforderliche Fischtreppe sollten als kommunales Naturschutzprojekt errichtet werden. Die Wasserbaubetriebe sind in der Regel zu teuer.

Erdwärme nutzen

Der Wärmestrom von der Sonne ist 20000-mal stärker als der Wärmestrom aus dem Erdinneren. Dennoch kann auch die Erdwärme genutzt werden.

Oberflächennahe Erdwärme kann über sog. Wärmepumpen, die etwa 30 % der erzeugten Energie verbrauchen, genutzt werden. Diese Wärme wird zum Heizen der Wohnungen genutzt.

Auch aus dem tiefen Untergrund kann Erdwärme genutzt werden. Je 100 m Tiefe nimmt die Erdtemperatur um 3 °C zu. Die Nutzung dieser Wärme aus Tiefen von über 2000 m befindet sich noch im Pilotstadium und ist nur an einigen heißen Stellen (hot spots) sinnvoll.

Unser Standpunkt:

1. Wärmegewinnung aus oberflächennahen Schichten mit Wärmepumpen sollte nur dort stattfinden, wo wegen Verschattung des Daches keine Sonneneinstrahlung vorhanden ist und auch andere erneuerbare Energien, wie Holz oder Biogas nicht zur Verfügung stehen. Wegen des hohen Elektroenergiebedarfes der Wärmepumpe ist die Gewinnung von Erdwärme nur bedingt nachhaltig.
2. Die Nutzung von Erdwärme aus dem tiefen Untergrund bedingt bei Kraft-Wärme-Kopplung ein Fernwärmenetz, um die gleichzeitig mit der Stromgewinnung anfallende Abwärme zu nutzen. Hier können die Kommunen in dicht besiedelten Gebieten mithelfen, geeignete Lösungen zu finden.

Rapsöl ersetzt Dieselkraftstoff

Vor der Motorisierung der Landwirtschaft wurden für die Fütterung der Zugtiere etwa 13 % der Ackerfläche benötigt. Heute, nachdem absehbar ist, dass die Erdöressourcen sich erschöpfen, könnte diese Fläche für die Erzeugung von Kraftstoff für die Traktoren und selbstfahrenden Erntemaschinen genutzt werden. Für den Anbau von Raps, dessen Öl DK ersetzen kann, können auch sog Stillelegungsflächen genutzt werden, wenn das Öl verbindlich für den eigenen Verbrauch verwendet wird (u. U. Beihilfen von bis zu 45 €/ha).

Der 1898 entwickelte erste Dieselmotor lief auch mit Pflanzenöl. Heute stellt die Industrie keine Schlepper mit Rapsölverbrennung her. Die Traktoren müssen umgerüstet werden. Rapsöl hat nämlich eine andere Viskosität als DK und deshalb ist eine feinere Zerstäubung und ein größerer Brennraum notwendig. Nur eine einzige Firma gibt derzeit die Garantie für

die Umrüstung von Deutz-Fahr-Schleppern (in München).

Als Treibstoff für die umgerüsteten Dieselmotoren genügt naturbelassenes Rapsöl. Es muss nicht in großen technischen Anlagen umgeestert werden, wobei aus Erdgas gewonnenes Methanol eingesetzt wird, um Biodiesel zu erzeugen. Bei der Anpassung des Rohstoffes Rapsöl an die bestehenden fossilen Motorkonzepte wird durch industrielle Verarbeitung unnötig nichtnachhaltige Energie verschwendet. Die Erdölkonzerne wollen an ihren Tankstellen Rapsöl mit DK gemischt verkaufen. Dieser Biodiesel ist zwar 6–10 ct/l billiger als DK, aber er folgt dem Rohölpreis und macht die Bauern abhängig.

Mit Rapsöl können in Deutschland ohnehin nur etwa 5 % des DK-Verbrauchs gedeckt werden (1 Mio. ha Raps auf 8,3 % der Anbaufläche). Richtig ist deshalb, das Rapsöl unveredelt für die Landwirtschaft zu verbrauchen.

1 ha Raps bringt einen Ertrag von etwa 3 t, aus dem man 1 t Öl pressen kann, und es bleiben noch 2 t Presskuchen für die Verfütterung anstelle von Sojaschrot, das importiert werden muss.

Unser Standpunkt:

1. Rapsöl sollte nur naturbelassen verbraucht werden.
2. Rapsöl sollte in zwischenbetrieblichen Einrichtungen erzeugt werden, die viele Bauern versorgen. Ein Einzugsgebiet von 20 km im Umkreis der Ölmühle sorgt für kostengünstige Produktion.
Beispiel: Zusammenschluss von 120 Bauern in einer „Maschinenring Gewerbe GmbH“, die die Berching Ölmühle betreibt. Versorgung der Bauern mit naturbelassenem Rapsöl über 2 Tankstellen und Tankwagen auf den Höfen. Der Preis liegt bei 55 ct/l.
3. Eine Kaltpressung verbraucht weniger Energie. Eine Ölmühle mit 2 t/d Kapazität bei 200000 € Investitionen kann bei einer Auslastung von 4000 Stunden im Jahr etwa 8000 t Rapsöl herstellen, die auf 8000 ha wachsen. Eine Ölmühle lohnt sich also nur für einen großen Landkreis oder eine Region. Hier müssen also die Basisorganisationen mit dem Kreisvorstand zusammenarbeiten.
4. Naturbelassenes Rapsöl ist billiger als Dieselmotortreibstoff. Die Gestehungskosten liegen bei etwa 30 bis 42 ct/l und der Marktpreis bei 45 bis 55 ct/l und ist damit billiger als DK, und man ist unabhängig vom stetig wachsenden Rohölpreis.
5. Es können auch PKW und LKW der Landwirte, Dorfbewohner und örtlichen Handwerksbetriebe Rapsöl tanken, wenn sie ih-

re Fahrzeuge umrüsten lassen. Sie haben dann den Vorteil einer preisstabilen Versorgung. Rapsöl kann auch als Sägekettenöl und Schalöl im Betonbau sowie als Schädlingsbekämpfungsmittel eingesetzt werden und natürlich auch als Speiseöl.

Ist Industrieverwertung von Nahrungsmitteln richtig?

Allein die Biokraftstoff-Industrieanlage im PCK Schwedt/Oder verarbeitet jährlich 650000 t Roggen und 450000 t Raps zu Biodiesel. Das ist Nahrung für etwa 2 Millionen Menschen. Darf man diese Nahrungsmittel angesichts der Tatsache, dass in der Welt 830 Millionen Menschen hungern und täglich 35000 Menschen verhungern, für die Mobilität der Europäer verwenden?

Vom Standpunkt der Emissionseinschränkung durch den Ersatz von fossilen Treibstoffen und zur Aufrechterhaltung des Lebensstandards ist das sicherlich sinnvoll. Aber könnte durch den Export dieser Lebensmittel der Hunger gemildert werden? Solange globalisierender Kapitalismus herrscht, der über die Weltmarktpreise von landwirtschaftlichen Exportprodukten der Industriestaaten den Markt mit dem Ziel hoher Profite reguliert, besteht kaum Aussicht, dass das Hungerproblem gelöst wird. Die Getreidehändler interessieren sich nicht für nichtzahlungsfähige Hungernde. Wer hier etwas ändern will, muss das übermächtige globale Kapital zähmen.

Wir sollten als Konsumenten einwirken und durch geringeren Fleischverzehr den Futtermittelimport aus Übersee einschränken. Dann werden in den Ländern der Dritten Welt Flächen frei für die Ernährung der dortigen Bevölkerung. Das funktioniert aber nur über eine Bodenreform, die den Hungernden das Land gibt.

Solange wir den Hungernden in Übersee durch unseren hohen Fleischkonsum das Brotgetreide wegessen, sind wir sozial ungerecht und global unsolidarisch.

Für uns wäre demnach die Alternative, auf den Flächen mit nachwachsenden Rohstoffen selbst die Futtermittel für die von uns verzehrten Tiere anzubauen. Das wäre eine Maßnahme internationaler Solidarität. Der Einzelne hat nur die Möglichkeit, weniger Fleisch zu essen, wodurch die Industrie dann aber am Ende noch mehr Getreide in Biodiesel umwandeln kann. Der Marktmechanismus macht alle unsere Bemühungen zunichte.

Unser Standpunkt:

1. Nachwachsende Rohstoffe schonen die endlichen fossilen und nuklearen Ressourcen.

- cen und verringern die Klimaerwärmung.
2. Der Futtermittelimport sollte verringert werden und auf den Flächen für nachwachsende Rohstoffe sollten Futtermittel angebaut werden. Das sollten die Bundesrepublik und die EU weltweit durchsetzen. Die USA produzieren einen Lebensmittelüberschuss für etwa 100 Mio. Menschen, weil dieser Kontinent so dünn besiedelt ist.
 3. Rapsöl sollte naturbelassen in den Landwirtschaftsbetrieben als Treibstoff verwendet werden. Dadurch bleibt die Wertschöpfung in der Region und die Landwirtschaftsbetriebe werden von Preissteigerungen für DK unabhängig.
 4. Wir sollten unseren Fleischkonsum senken. In Deutschland werden 40 % des Lebensmittelbudgets für Fleischkäufe ausgegeben, in Italien nur 25 %!
 5. Der Viehbestand sollte nur so hoch sein, wie er auf den vorhandenen Flächen ohne Futtermittelimporte auch ernährt werden kann. Aus Gründen der weltweiten sozialen Gerechtigkeit müssten Futtermittelimporte unterbunden werden.
 6. Die Ernährungsgewohnheiten müssen wieder auf den Stand der 50er-Jahre zurückgedreht werden. Wir essen gegenwärtig zu einseitig, zu fett, zu salzig, zu süß und zu viel.
 7. Die Industrienationen schotten ihre Agrarmärkte über Subventionen für ihre Agrarprodukte ab. Die Agrarexporteure erhalten Exporterstattungen, die sie auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig machen. Es gibt keinen „freien Handel“. Dieses Subventionssystem muss abgeschafft werden.

Holz verbrennen spart Gas und Öl

Holz ist gespeicherte Sonnenenergie. Holzverbrennung ist emissionsneutral. Das im Holz gebundene Kohlendioxid wird bei der Verbrennung wieder freigesetzt. Holz ist ein nachwachsender Rohstoff.

Der Heizwert von Holz liegt bei 63 % von Steinkohle und bei 43 % von Öl. Die Heizenergie von 1 m³ luftgetrocknetem Laubholz entspricht bei Verbrennung in einem Holzvergaserkessel dem Gegenwert von 145 l Heizöl.

Könnten nun alle Haushalte auf Holzverbrennung umsteigen? Das ist nicht möglich. Ein Haushalt braucht das nachwachsende Holz von 2 Hektar Wald. Da wir in Deutschland etwa 11 Mio. ha Wald haben, könnten 5 Mio. Haushalte mit Holz heizen. Wir haben aber 37 Mio. Haushalte. Außerdem könnten nur etwa 25 % des eingeschlagenen Holzes verbrannt werden, denn die Industrie benötigt große Mengen

Holz für die Papierherstellung, für Verpackungsmaterial, als Bauholz usw. Import von Holz ist nicht nachhaltig: täglich werden weltweit 70000 Hektar Regenwald gerodet! Deshalb könnten bei nachhaltiger Holzgewinnung höchstens 3 % der Bevölkerung in Deutschland mit Holz heizen. Klimaforscher sind der Auffassung, dass 25 % unserer Waldflächen durch den Klimawandel verschwinden werden. Kachelöfen, Kaminöfen und offene Kamine haben einen geringen Wirkungsgrad, weshalb moderne Feuerungsanlagen mit automatischer Zuführung der Brennstoffe und Regelung der Verbrennung vorzuziehen sind. Holzpellets, aus Sägemehl gepresst, benötigen etwa 5 % des Energiegehaltes des Holzes zum Pressen. Sie ermöglichen aber eine störungsfreie automatische Zuführung zum Brennkessel. Hackschnitzel eignen sich besser für große Verbrennungsöfen. Scheitholz (0,3 bis 1 m Länge) kommt vor allem für Ein- und Mehrfamilienhäuser in Betracht.

Unser Standpunkt:

1. Da nicht alle Kommunen in ihrer Gemarkung Wald haben, sollte der Ersatz von Gas und Öl durch Holz vor allem in Gemeinden propagiert werden, die in Waldgebieten liegen.
2. Für die Scheitholzgewinnung in Selbstwerbung ist mit Sägen, Spalten und Transportieren körperliche Arbeit notwendig. Für rüstige Rentner und Vorruehändler, aber auch Langzeitarbeitslose und Sozialhilfeempfänger eine Möglichkeit, kostengünstig Heizmaterial zu gewinnen. Wenn man ein Grundstück hat, kann ein Wintervorrat angelegt werden.
3. Hat die Kommune selbst Waldeigentum, dann kann für sozial benachteiligte Bürger Hilfe bei der Holzwerbung organisiert werden.
4. Die Gemeinde kann durch Heizen von öffentlichen Gebäuden mit Holz beispielhaft vorangehen.
5. Die Scheitholzheizung hat gegenüber der Pellet- oder Hackschnitzelheizung niedrigere spezifische Investitionskosten, niedrigere Betriebskosten und geringere Wärmegestehungskosten als eine Ölheizung und ist deshalb vorzuziehen.
6. Wegen des geringen Anfalls von Brennholz ist eine Kombination von photothermischen Anlagen und einer Ergänzungsheizung in den kalten und einstrahlungsarmen Monaten Dezember bis Februar der reinen Holzheizung vorzuziehen. Das gilt vor allem für öffentliche Gebäude, die Vorbildwirkung haben sollen.
7. Eine Bewegung zur Verweigerung der Annahme von Werbungsschriften führt zu

weniger Holzeinschlag und mehr Brennholz, um fossile Brennstoffe einzusparen.

Energie-Agenturen in den Landkreisen notwendig

Klimaschutzmaßnahmen durch Einführung erneuerbarer Energien dürfen nicht für sich allein und isoliert nur mit der Zielstellung der Minderung der Umweltlasten betrachtet werden, sondern diese müssen in die regionale Strukturpolitik eingebettet werden, damit es zu einer vergrößerten regionalen Wertschöpfung, Stärkung der regionalen Wirtschaftskreisläufe, der Substitution von Brennstoffimporten und der Schaffung neuer Arbeitsplätze kommt.

Deshalb muss es in jedem Landkreis und jeder Stadt eine Stelle geben, wo alle Aktivitäten zur Einführung Erneuerbarer Energien gebündelt und koordiniert werden. Es genügen ein Fachmann und ein Organisator. Diese haben dann die Aufgabe, Fachwissen populärwissenschaftlich zu verbreiten, Interesse zu wecken, die politischen Rahmenbedingungen und Fördermittel bekannt zu machen, Mitarbeiter von Herstellerbetrieben und Handwerker weiter zu bilden, zu den Ämtern der Kreisverwaltung und der Stadt Kontakte zu halten und die Einführung der Erneuerbaren Energien durchzusetzen. Kontakte müssen geknüpft werden zu den Energieversorgern und großen Energieverbrauchern, den Wohnbaugesellschaften und Miethauseignern, den Einfamilienhausbesitzern, dem Bauamt des Kreises, den Interessenvertretungen der Industrie, des Handwerks, der Architekten und der Bauern, den Umweltverbänden und Vereinen.

Unterschiedliche parteipolitische Überzeugungen dürfen dabei keine Rolle spielen.

Die Energieagentur muss dem Landrat/Bürgermeister direkt unterstellt sein, damit ein ungehindertes Arbeiten der Agentur gesichert wird und als lebenswichtige übergeord-

nete Aufgabe kenntlich gemacht wird.

Ziel ist die energieautarke Region

Die Stromwirtschaft hat über Jahrzehnte ein hochintegriertes System von Großkraftwerken mit eigenen regionalen Netzen geschaffen. Erneuerbare Energien passen in dieses geschlossene System nicht hinein. Deshalb investiert die Stromindustrie auch nicht in erneuerbare Energien. Nur die Erdölmonopole investieren in die besten Windstandorte und die besten Förderbedingungen (Photovoltaikfelder). Bisher fehlen politische Rahmenbedingungen, welche die erneuerbare Energie dauerhaft in die vorhandene Energiestruktur integriert.

Die ländlichen industriearmen Regionen sollten daher als Antwort auf diese Situation autarke Energiesysteme auf der Basis erneuerbarer Energien schaffen. Dazu sind für die Stromversorgung grundlastfähige Biogasanlagen und Wasserkraftwerke gekoppelt mit Windrädern, die ihre überschüssige Energie in kleine Pumpspeicherkraftwerke einspeisen notwendig, um immer den Strombedarf den Anforderungen der Kunden anpassen zu können.

Es gibt zwar schon Regionen die über 100 % ihres Energieverbrauchs selbst produzieren, aber nur über das Netz der Strommonopole. Regionen mit einem eigenen autarken Netz gibt es noch nicht. Hier ist die Aufgabe einer Energieagentur der Landkreise dieses Fernziel anzusteuern und alle einzelnen Maßnahmen des Aufbaus erneuerbarer Energieanlagen diesem Ziel anzupassen. Als Beispiel für die autarke Energieversorgung eines Gebäudekomplexes mit regenerativen Energien der Windkraft, Wasserkraft, Photovoltaik, Solarthermie und biogenen Kraft- und Brennstoffen sei ein Demonstrationsobjekt des CUTEC-Instituts in Clausthal-Zellerfeld genannt.

Warum die Proteste gegen die Windkraft in Brandenburg?

Lothar Dölling

Im ND vom 26. August wurde von einer geschlossenen Sitzung des Umweltausschusses des Brandenburger Landtages am 21. August mit dem Titel- Windradgegner drehen sich im Kreis, berichtet. Deutlich wurde das Dilemma Brandenburger Energiepolitik.

Zum wiederholten Male wird Protest gegen die Windkraft laut, in der Vergangenheit in der Ueckermark, im Kremmener Luch, jetzt auf der

Nauener Platte. Bisher wurden dort 120 Windräder errichtet, weitere 49 sind geplant, eine außergewöhnlich hohe Dichte im Binnenland. Teilnehmer an dieser Sitzung waren drei Aktivisten einer Nauener Bürgerinitiative, die schon geraume Zeit gegen den massiven Windkraftausbau protestieren.

Drei positive Signale konnte man entnehmen, die Abgeordneten sprachen sich parteiübergreifend dagegen aus, noch mehr Windräder auf die Nauener Platte zu setzen, ein

vernünftiges Maß dürfe nicht überschritten werden, so Carolin Steinmetzer (Linkspartei-PDS) und Abhilfe sei nur möglich, indem man vor Gericht zieht.

Doch statt der Suche nach den Ursachen einer solchen Zuspitzung, folgte der CDU-Ausschussvorsitzende dem bekannten Strickmuster von Medienkampagnen von CDU und FDP gegen die Windkraft.

Seine Argumente: In Brandenburg sei das wirtschaftlich vernünftige Potential für Windkraftanlagen bereits ausgeschöpft. Nach Expertenmeinung jedoch beträgt das Potential theoretisch bis 3000 Anlagen, in der Praxis rechnet man höchstens mit 2500 und gegenwärtig sind es ca. 1700, das sind rund 10 % aller Anlagen in Deutschland. Brandenburg liegt damit an 2. Stelle hinter NRW der Binnenländer. Zirka 1,3 % der Landesfläche mit rund 200 Einzelflächen sind entsprechend Regionalplanung für die Windkraftnutzung ausgewiesen.

Ein weiteres Argument lautete, ein weiterer Ausbau schade der Entwicklung von Tourismus, der Landwirtschaft, die Rotoren sind immer wieder „Todesfallen für die Vögel“.

Vermisst in der Argumentation wurde der beliebte Begriff der „Verschandelung der Landschaft“. Doch dabei kann Brandenburg wahrlich zwischen dem Windrad und dem Braunkohletagebau wählen.

Bisherige Untersuchungen und Studien haben aber nachgewiesen, dass die meisten Touristen die modernen „Ökokraftwerke“ positiv bewerten. Alle großen Naturschutz- und Umweltverbände, der Deutsche Bauernverband, Gewerkschaften und Kirchen unterstützen bei Gewährleistung des Umweltschutzes den Ausbau der Windenergie.

Die Naturschutzverbände, die in der Vergangenheit vor allem Vogelverluste einklagten, haben inzwischen durch Forschungen das Vogelverhalten aufgeklärt. So rechnet der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) mit durchschnittlich 0,5 toten Vögeln in einem Windjahr pro Anlage. Im Vergleich listet BUND auf, dass jeweils ca. fünf bis zehn Millionen Vögel im Straßenverkehr, an Hochspannungsmasten und durch Katzen pro Jahr in Deutschland sterben. Das sind 600-mal mehr als durch Windräder! Eine pauschale Feindschaft zwischen Vögeln und Windrädern gibt es also nicht, außer bei notorischen Feinden der Windkraft.

Auch das Ausspielen der Arten erneuerbarer Energien gegeneinander gehört zum Arsenal der Verunglimpfung. So äußerte die SPD-Vertreterin, „die Windkraft sei nicht allein seeligmachend, Bioenergie sei viel besser und weniger belastend“. Frau Abgeordnete wusste wohl nicht genau wovon sie sprach. Ende 2006

erwartet man in Deutschland einen Bestand von 4000 Biogasanlagen, in Brandenburg werden es höchstens 70 sein, das sind nicht einmal 2 % der Gesamtzahl. Dabei verfügt das Land über eine entwickelte Landwirtschaft und über einen Waldanteil von 37 %.

Auch Carolin Steinmetzer irrt, wenn sie meint, niemand sei gegen Windenergie, ganz im Gegenteil, alle fossilen und atomaren Stromerzeuger sind Blockierer in einer Einheitsfront mit Ideologen von CDU und FDP, da jede Kilowattstunde Windstrom ihren Profit schmälert, dazu kommen Unwissende und nicht aufgeklärte Bürger, aber auch Neider sowie notorische Windkraftgegner, wie die Vergangenheit lehrt.

So ganz unrecht hat Prof. Nasser, Vorsitzender des Windenergie-Landesverbandes Berlin/Brandenburg nicht, wenn er zu Jahresbeginn feststellte: „Einen politischen Fürsprecher einer großen Partei, der sich offensiv zur Windenergie bekennt, hat Brandenburg nicht.“ Dabei ist die Windkraft in Brandenburg sowohl ökonomisch, ökologisch und für den Arbeitsmarkt eine Erfolgsstory.

Erfolgreicher wäre der Sitzung schon gewesen, hätte man sie öffentlich durchgeführt und die politisch Verantwortlichen des Vorhabens gehört, so den Nauener Bürgermeister, den Vorsitzenden des Windenergie-Landesverbandes, den zuständigen Minister, dem die Genehmigungsbehörde, das Amt für Emissionsschutz (AfE) untersteht und auch den Leiter der Regionalen Planungsgemeinschaft.

So hätte Nauens Bürgermeister erklären können, wie der Flächennutzungsplan durch ihn und die Stadtverordnetenversammlung bestätigt wurde, wie die vorgeschriebene Beteiligung der Einwohner erfolgte, ob die Belange des Landschafts- und Naturschutzes ausreichend berücksichtigt wurden und welche kommunale und private Interessenlage vorlag, das heißt, welche Bodeneigentümer Nutznießer dieser Anlagen sind.

Die Kommunen profitieren von Windkraftanlagen durch die Gewerbesteuer, die Bodeneigentümer durch Pachten. So werden Pachthöhen von fünf- bis neuntausend Euro je Anlage jährlich, im Osten in der Regel unter 5000 € für eine Dauer von 20 Jahren vereinbart. Die Bodeneigentümer können weiterhin durch Sondernutzungsgebühren für die Zufahrten, die Regionen durch Aufträge der Investoren und eine erhöhte Wertschöpfung Vorteile ziehen. Welcher Bürgermeister nutzt angesichts leerer Gemeindekassen nicht eine solche Chance.

Auf Grund der Finanzschwäche der Kommunen übernehmen aber besonders in den neuen Bundesländern die Investoren die Kosten für

die Genehmigungsverfahren, vor allem der teuren Gutachten und diktierten den Kommunen ihre Bedingungen nach ökonomischen, kaum aber nach ökologischen Gesichtspunkten. Die Ökonomin Christa Luft bezeichnet es als „soziale Enthemmung der Unternehmen“. So werden die Kommunen zwar formal „beteiligt, aber nicht gehört“, was im Nachhinein zu Bürgerprotesten und gerichtlichen Auseinandersetzungen führt. Das hätte der Verbandsschef für Windenergie bestätigen müssen. Er hätte aber auch erklären können, dass die Baugenehmigungsbehörde – das AfE, ohne ein Einvernehmen der Gemeinde nicht positiv lassend über ein Vorhaben entscheiden kann. Es hätte auch die Möglichkeit bestanden, ihn über Stand und die Perspektiven der Windkraft im Land zu befragen, doch darum ging es wohl nicht.

Der zuständige Minister hätte erklären müssen, nach welchen Kriterien seine Behörde insbesondere die Umweltbelange, Immissionen- Schall- und Diskoeffekt prüft und das Vorhaben genehmigt, denn die gleiche Behörde hat auch den Windpark Kremmener Luch genehmigt. Der Minister hätte auch erklären können, warum es in Brandenburg im Gegensatz zu Mecklenburg- Vorpommern, Niedersachsen, Schleswig- Holstein und dem Saarland keine landesspezifischen Abstandsregelungen zu Wohnbauten gibt.

Hat doch die Regionalversammlung der Landkreise Ueckermark und Barnim, wohl vor allem auf Druck der Anwohner beschlossen, die Abstände der Windräder von Dörfern und Städten von 800 auf 1000 Meter zu erhöhen und außerdem neue Vogelschutzgebiete auszuweisen. Wäre dies nicht ein Beispiel für das gesamte Land ?

Es wäre auch möglich gewesen, den Minister zu beauftragen, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass es wie in Dänemark keine mehr rot gekennzeichneten Rotorblattspitzen und grell blinkende Gefahrenfeuer gibt. In Dänemark haben künftig Blinklichter auf

dem Maschinenkopf eine Leuchtkraft von nur 10 Candela (entspricht dem Licht von 10 Kerzen), in Deutschland ist das zehnfache vorgeschrieben.

An Aufklärung bestand also kein Interesse, die CDU sitzt schließlich in der Regierung, denn auch der Vorschlag, die Windeignungsgebiete künftig in die Landesplanung aufzunehmen ist eine Luftnummer, da ohne einen durch die Landesregierung bestätigten Regionalplan überhaupt kein Bau von WKA möglich gewesen wäre.

So drehten sich die Windkraftgegner gemeinsam im Kreis, eine erschreckende Inkompetenz des Gremiums und es wehte ein herbes Lüftchen Vattenfallscher Braunkohlepolitik über den Brauhausberg. Außer populistischer Wahlwerbung für die CDU war keinerlei Nutzen sichtbar.

Das Wahlprogramm der Linkspartei nennt Umweltbildung als einen Schwerpunkt, um Informations- und Wissensdefizite abzubauen, das sollte in erster Linie für Abgeordnete aller Ebenen gelten. Wir sollten auch bedenken, je mehr Bürger vor Ort direkt von der Windkraft profitieren- durch Pachten, Beteiligungen an Fonds, ein Arbeitsverhältnis oder Aufträge bei Montage- und Wartungsfirmen, desto weniger werden sie gegen den Bau solcher Anlagen einzuwenden haben.

Anzuraten ist, die Erfahrungen der Stadt Prenzlau bei der Anwendung erneuerbarer Energien bezüglich ihrer Akzeptanz durch die Bevölkerung als auch der Verwendung der Erlöse zur Stadtentwicklung zu nutzen, denn auf ihrem Territorium stehen rund 80 Windräder, mehrere Biogasanlagen, eine Solarfabrik, Wohnungen werden geothermisch geheizt und der Bürgermeister wird von der Linkspartei gestellt. Welche Kommune in Deutschland kann das bieten. Auch die Linksfraktion im Landtag sollte sich beraten, wie man eine Instrumentalisierung ihrer Mitglieder in Gremien künftig ausschließt.

Gegen das Märchen vom „sauberen“ und „ungefährlichen“ Atomstrom

Sabine Kunze

In der Februar-Ausgabe der Lausitzer Blätter (*Zeitung des Regionalverbandes Oberlausitz – d. Red.*) singt Dr. Langrock auf Seite 5 ein Hohelied auf die Kernenergie. Er beschreibt sie als Technologie zur Minimierung des gefährlichen CO₂-Ausstoßes, der in der Tat u. a. für den bereits begonnenen Klimawandel verantwortlich ist. Er befürchtet, dass Deutschland

durch den sogenannten Atomausstieg ins Hintertreffen geraten könnte. Von CDU und Industrie wird auch schon wieder kräftig daran gearbeitet, diesen Schritt in die richtige Richtung rückgängig zu machen.

Doch leider geht Dr. Langrock nicht auf die vielen ungelösten und bisher auch nicht zu lösenden Probleme mit der Kernenergie ein. Deshalb in Kürze einige wenige Ausführungen zu seinem Märchen:

1. Kernenergie vermindert den CO₂-Ausstoß:

Atomstrom ist auch nicht CO₂-frei. Das ist so eine Augenauswischerei wie bei der Elektroenergie, die ja auch „sauber“ aus der Steckdose kommt, aber anderswo ganz erhebliche Umweltschäden verursacht. Nach Angaben der Internationalen Energieagentur muss über die vielen Stufen des atomaren Brennstoffpfades jeder Kilowattstunde Atomstrom bis 160 Gramm CO₂-Ausstoß zugeordnet werden. Selbst die Weltenergiekonferenz kam zum Ergebnis, dass bei einer Verzwölfachung (!) der Atomenergie bis zum Jahre 2050 der CO₂-Ausstoß von 24 Milliarden Tonnen 2001 auf über 43 Milliarden ansteigen würde.

2. Kernenergie ist ungefährlich:

Dr. Langrock freut sich darüber, dass in den Kernkraftwerken so wenige Unfälle passieren. Das mag ja stimmen, aber was geschieht z. B. im Umfeld der Aufarbeitungsanlagen Le Hague in Frankreich und Sellafield in England? In Le Hague werden die deutschen Immissionsgrenzwerte um das 7-fache, in Sellafield gar um das 20-fache überschritten! Die Kinderleukämierate liegt 3- bis 10fach höher als im Landesdurchschnitt, 230-300 Millionen Liter radioaktives Wasser werden in den Atlantik gepumpt! An die Folgen von Tschernobyl wird sich sicher noch fast jeder erinnern können, aber allein in deutschen AKW gab es in den letzten Jahren über 2000 Störfälle!

Die Sicherheit von AKW in puncto Terroranschläge aus der Luft kann man an dieser Stelle nur anreißen.

Noch viel brisanter ist die völlig ungelöste Frage der Endlagerung von abgebrannten Atombrennstäben. Auf der ganzen Welt gibt es bisher kein genehmigtes Endlager.

3. Kernenergie dient friedlichen Zwecken:

Bei der Wiederaufarbeitung von abgebrannten Brennstäben entsteht atomwaffenfähiges Material, das z. B. als abgereichertes Uran im Golfkrieg 1991 und im Kosovo 1999 zum Einsatz kam. Die Franzosen und Engländer sagen deshalb auch „Plutoniumfabrik“ zu diesen Anlagen.

4. Kernenergie liefert billigen Strom:

Atomstrom wurde und wird kräftig subventioniert. Die Atomindustrie konnte 2-stellige Milliardensummen an Rückstellungen bilden, um das Problem der Endlagerung zu lösen, was aber bekanntlich nicht realisiert wurde. Außerdem sind AKW nur total ungenügend versichert, die Risiken der Folgen eines GAUs (größter anzunehmender Unfall) trägt wie gehabt die Allgemeinheit.

Das sind nur einige Aspekte, warum ein Ausstieg aus der Kernenergienutzung dringend geboten ist.

Im Programm der PDS von 2003 heißt es dazu: „Ein schnellerer Ausstieg aus der Atomenergie als gegenwärtig geplant ist unumgänglich.“

Im November 2001 beschloss die PDS Sachsen ökologische Positionen, in denen wir einen sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft fordern. Dazu gehört unbedingt eine andere Energiepolitik - weg von den fossilen Energieträgern sowie Ausstieg aus der Kernenergienutzung hin zu alternativen Energien! Kohle, Erdöl, Erdgas sind bekanntlich irgendwann aufgebraucht und ihre Verbrennung trägt maßgeblich zum Klimawandel bei. Atomenergienutzung birgt nicht zu meisternde Probleme und Gefahren mit sich und ist obendrein undemokratisch - es bleibt also nur, als Alternative auf die Nutzung von Sonne, Wind, Biomasse usw. umzusteigen. Aber wir müssen uns beeilen.

Sabine Kunze ist Sprecherin von ADELE, der Ökologischen Plattform bei der Linkspartei.PDS Sachsen.

Staub soll er fressen und mit Lust*

** Faust I (Mephisto)*

Im Rahmen der 9. Leipziger Umwelttage 2005 fand eine Veranstaltung zum aktuellen Problem Feinststaub statt. Sie sollte zur Versachlichung des Themas beitragen.

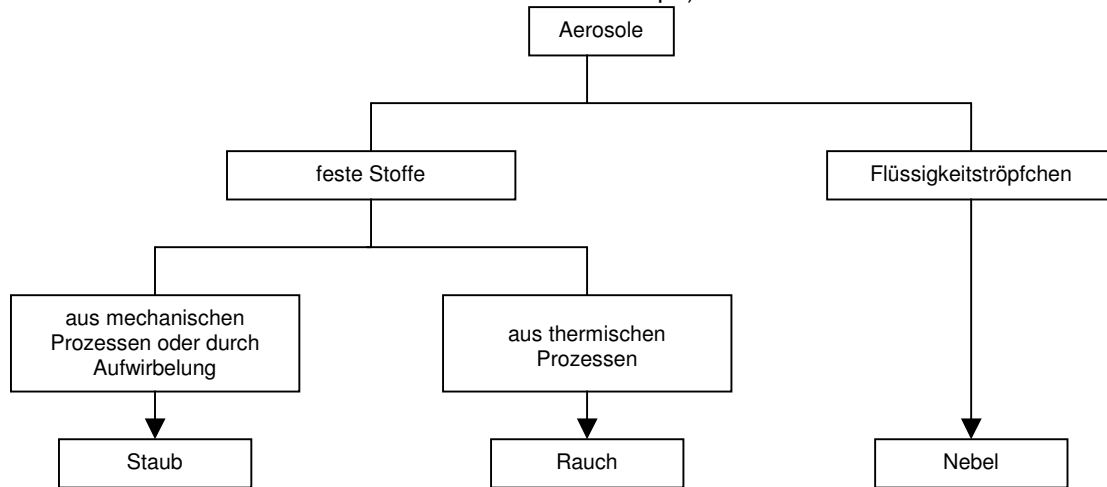
Folgender Artikel ist eine stark gekürzte Manuskriptfassung zweier PowerPoint-Präsentationen von Angela Müller und Michael Lauter. Anlass der Präsentation war die Befürchtung, dass Leipzig in diesem Jahr voraussichtlich die zulässigen Tagesgrenzwerte von 50 µg/m³

mehr als 35 Tage überschreiten würde. Die Realität liegt heute bei 43 bzw. 40 Tagen Grenzwertüberschreitung (Stand 08/2005; zwei Mess-Stellen).

Womit wir groß werden - eine Begriffsbestimmung: Aerosole

- Aerosol ist die Sammelbezeichnung für die in Gasen mitschwebenden, feinst verteilten festen und flüssigen Teilchen (Quelle: <http://de.wikipedia.org>),

- Aerosole kommen in der Natur selbstverständlich vor.
- Die Evolution des Menschen hat unter diesen Bedingungen stattgefunden.
- Der Mensch hat sich an natürlichen Staub, Rauch und Nebel angepasst, soweit eine bestimmte Konzentration nicht überschritten wird (ca. 4 µG/m³ PM10 in Mitteleuropa).



Übersicht: Einteilung der Aerosole

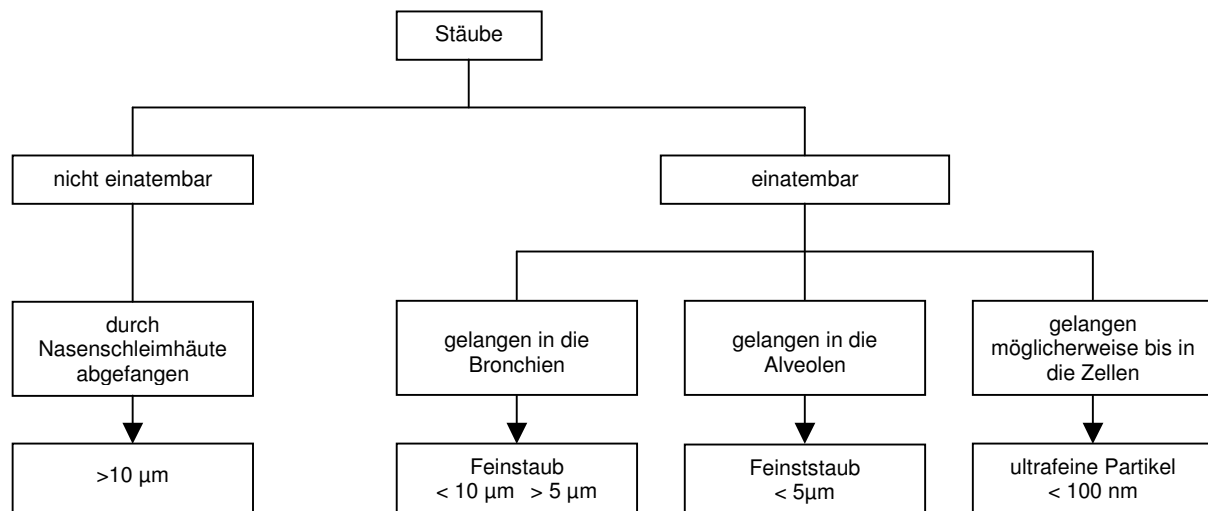
Staub ist nicht gleich Staub

- Staub
 - in der Luft schwebende feste Teilchen von beliebiger Form, Struktur und Dichte, Ø 0,5 ... 500 µm
- Feinstaub
 - PM10 (Particular Matter): Staubfraktion mit Teilchen kleiner 10 µm
 - PM2.5: Staubfraktion mit Teilchen kleiner 2,5 µm
- Ultrafeinstaub
 - Staubfraktion mit Teilchen kleiner 0,1 µm

- primäre Partikel
 - direkter Ausstoß bei Verbrennungsprozessen
 - mechanischer Abrieb (Reifen, Straßenbelag)
 - Aufwirbelungen (natürliche Quellen, mechanischer Abrieb)
- sekundäre Partikel
 - gebildet aus gasförmigen Vorläuferstoffen
 - anorganisch (Sulfate, Schwermetalle)
 - organisch (polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe)

Darüber hinaus unterscheidet man:

Gesundheitliche Auswirkungen



Übersicht: Wirkungen auf den menschlichen Organismus

Wirkungen der Teilchengrößen:

- > 10 µm
 - Nase wirkt als Filter, Ablagerung im Rachen
- 10 – 2,5 µm
 - Ablagerung in Luftröhre und Bronchien mit entzündlicher Abwehrreaktion, entfernt durch Flimmerepithel
- < 2,5 µm
 - Ablagerung in Bronchiolen und Alveolen, entfernt durch Flimmerepithel und Makrophagen
- ultrafein
 - Übertritt ins Blut, Toxizität bisher kaum berücksichtigt

Belastungen und gesundheitliche Folgen:

- bei kurzfristigem Belastungsanstieg
 - Atemwegssymptome (Husten, Auswurf, Atemnot)
 - Schübe von Bronchitis, Asthma, Herzrhythymien
 - Arbeitsplatzabsenzen
 - Krankenhauseinweisungen
 - Todesfälle
- bei langfristig erhöhter Belastung
 - chronische bronchitische Symptome
 - Verschlechterung der Lungenfunktion
 - Lungenkrebs
 - vorzeitige Todesfälle und reduzierte Lebenserwartung

Die gesetzlichen Grundlagen

- Luftqualitätsrahmenrichtlinie der Rates der EU (Richtlinie 96/62/EG)
- Richtlinie 1999/30/EG des Rates der EU vom 22. April 1999 mit Grenzwerten
- Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (BImSchG) 7. Novelle 2002
- 22. Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes - Verordnung über Immissionswerte –(22. BImSchV) 2002
- Erste Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Bundes-Immissionsschutzgesetz (Technische Anleitung zur Reinhaltung der Luft – TA-Luft) vom 24.07.2002

Die relevanten Festlegungen im BImSchG:

§ 47 Luftreinhaltepläne, Aktionspläne, Landesverordnungen

- (1) Werden die durch eine Rechtsverordnung nach § 48a Abs. 1 festgelegten Immissionsgrenzwerte einschließlich festgelegter Toleranzmargen überschritten, hat die zuständige Behörde einen Luftreinhalteplan

aufzustellen, welcher die erforderlichen Maßnahmen zur dauerhaften Verminderung von Luftverunreinigungen festlegt und den Anforderungen der Rechtsverordnung entspricht.

- (2) Besteht die Gefahr, dass die durch eine Rechtsverordnung nach § 48a Abs. 1 festgelegten Immissionsgrenzwerte oder Alarmschwellen überschritten werden, hat die zuständige Behörde einen Aktionsplan aufzustellen, der festlegt, welche Maßnahmen kurzfristig zu ergreifen sind. Die im Aktionsplan festgelegten Maßnahmen müssen geeignet sein, die Gefahr der Überschreitung der Werte zu verringern oder den Zeitraum, während dessen die Werte überschritten werden, zu verkürzen. Aktionspläne können Teil eines Luftreinhalteplans nach Absatz 1 sein.

§ 48 Verwaltungsvorschriften

Die Bundesregierung erlässt nach Anhörung der beteiligten Kreise (§ 51) mit Zustimmung des Bundesrates zur Durchführung dieses Gesetzes und der auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen des Bundes allgemeine Verwaltungsvorschriften, insbesondere über

1. Immissionswerte, die zu dem in § 1 genannten Zweck nicht überschritten werden dürfen,
2. Emissionswerte, deren Überschreiten nach dem Stand der Technik vermeidbar ist,
3. das Verfahren zur Ermittlung der Emissionen und Immissionen,
4. die von der zuständigen Behörde zu treffenden Maßnahmen bei Anlagen, für die Regelungen in einer Rechtsverordnung nach § 7 Abs. 2 oder 3 vorgesehen werden können, unter Berücksichtigung insbesondere der dort genannten Voraussetzungen. Bei der Festlegung der Anforderungen sind insbesondere mögliche Verlagerungen von nachteiligen Auswirkungen von einem Schutzgut auf ein anderes zu berücksichtigen; ein hohes Schutzniveau für die Umwelt insgesamt ist zu gewährleisten.

Grenzwert nach der Richtlinie 1999/30/EG:

Art des Grenzwertes	2005	2010
24-h-Grenzwert	50 µg/m³ 35-mal überschreitbar	50 µg/m³ 7-mal überschreitbar
Jahresgrenzwert	40 µg/m³	20 µg/m³

Die Grenzwerte sind zum 1.1.2005 bzw. 1.1.2010 gültig. Es gibt jedoch Anpassungszeiträume. Es gelten Jahresziele, damit das

Stichtagsziel auch erreicht werden kann. Diese galten bereits für den Zeitraum vor 2005. Im praktischen Handeln der Bundesrepublik und der Länder sowie in der Öffentlichkeit spielten diese Jahresgrenzwerte jedoch keine Rolle. Deshalb entstanden wesentliche Handlungsdefizite, und die erforderlichen Schutzmaßnahmen wurden nicht eingeleitet. Dies wäre aber bereits ab 2002 möglich gewesen, weil in diesem Jahr die gesetzlichen Grundlagen dafür in Deutschland geschaffen wurden. Erst auf Drängen der PDS-Landtagsfraktion in Sachsen wurde 2005 die Sächsische Staatsregierung nach den alarmierenden Überschreitungen vor allem in Leipzig aktiv. Auch für die weitere Verschärfung der Grenzwerte bis 2010 gibt es Anpassungsfestlegungen, die eine jährliche Reduzierung beinhaltet. Im Umweltgutachten 2004 des Rates von Sachverständigen für Umweltfragen wird jedoch eingeschätzt, dass die Grenzwerte 2010 wahrscheinlich nicht erreichbar sind. Dennoch empfiehlt dieses Gutachten, an den strengen Grenzwerten festzuhalten. Der Jahresdurchschnittswert soll von 40 µg auf 20 µg sinken. Der Grenzwert ändert sich aber jährlich wie folgt (*Abb. oben – d. Red.*). Innerhalb von 24 Stunden darf der jeweilige Grenzwert von 50µg/m³ 2005 also 35-mal überschritten werden, im Jahre 2010 nur noch 7-mal. Aber bereits 2006 läge der neue Grenzwert bei 11 Tagen (*Abb. unten – d. Red.*).

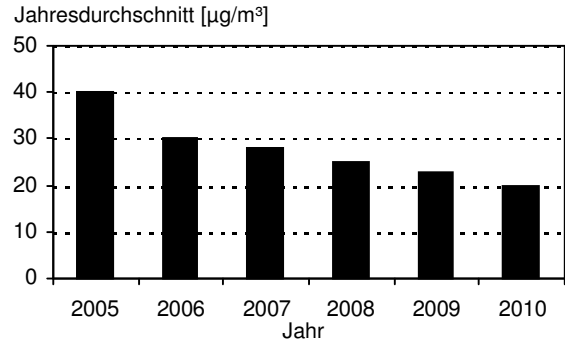


Diagramm: Jahresgrenzwerte nach Richtlinie 1999/30/EG

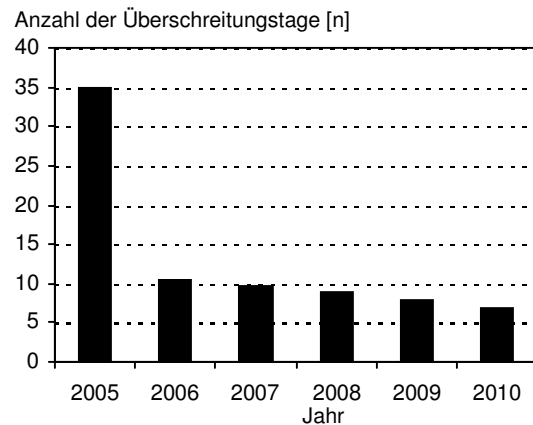


Diagramm: Zulässige Überschreitungstage pro Jahr

Messproblematik

- Bei den ultrakleinen Feinpartikeln ist weniger die Masse als vielmehr die Anzahl und die Größe der ausgestoßenen Feinstaubteilchen entscheidend.
- Je kleiner die Partikel sind, desto gefährlicher sind sie. Nach Meinung vieler Fachleute wäre es deshalb sinnvoll, neben der Masse auch die Partikelanzahl zu analysieren und diese in zukünftige Abgasnormen einzubeziehen.

- Die 420 Messstationen in Deutschland messen nur die Masse, nicht die Anzahl der Feinstaubteilchen.
- Außerdem werden nur Partikel bis zu einer Größe von 10 Mikrometern erfasst.
- Die kleineren, lungengängigen und deshalb gefährlicheren Partikel (PM2.5) werden nur von 20 Messstationen registriert.

Gesamtstaubemissionen

Gesamtstaubemissionen ging von 1990 bis

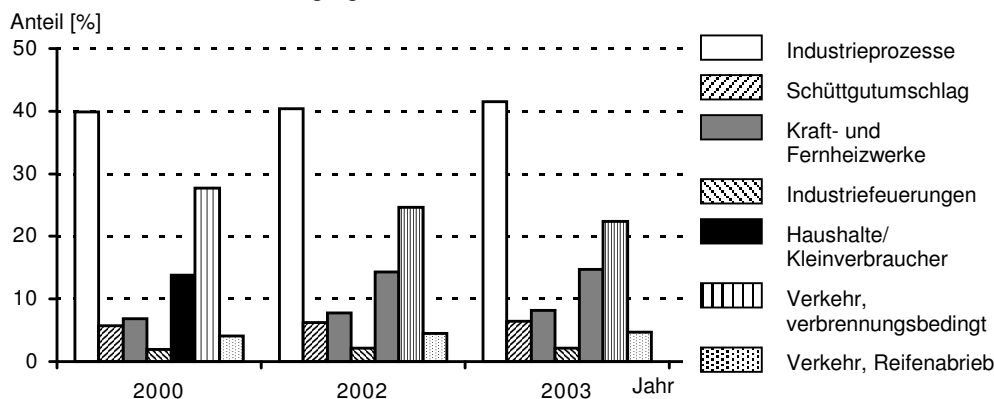


Diagramm: Anteil verschiedener Bereiche an den Staubemissionen (Quelle: Umweltbundesamt)

2001 um ca. 87 % zurück, in den letzten 5 Jahren Stagnation.

Reduzierungsspielraum im Verkehrsbereich

Die folgende Übersicht verdeutlicht, dass es unabhängig von technischen Maßnahmen im Bereich der Automobilindustrie ausreichende Handlungsmöglichkeiten gibt.

Maßnahmen	$\mu\text{g}/\text{m}^3$
Fahrverbote für alle Fahrzeuge ohne Partikelfilter	5-50
Fahrverbote für hochemittierende Fahrzeuge	1-10
Häufige Naßreinigung	1-2
Verkehrslenkung LKW	1-5
Weitere diskutierte Maßnahmen	1-2
Summe drastischer Eingriffe	10-70
Summe moderater Eingriffe	3-15

Ihre Umsetzung in Aktions- und Luftreinhaltepläne, wie zum Beispiel in Leipzig, ist eher halbherzig. Das bezeugen die vielfachen Einwendungen von Umweltverbänden. Nach der Anfang dieses Jahres erzeugten Hysterie scheint sich die Öffentlichkeit für das Thema Feinstaub nicht mehr zu interessieren.

Mit der Verschärfung der Grenzwerte werden weiter Kommunen Aktionspläne und Luftreinhaltepläne umsetzen müssen.

Die Linkspartei.PDS ist gut beraten, in den Kommunen für eine zügige Umsetzung der gesetzlichen Vorschriften initiativ zu werden und auf Bundesebene eine Aufweichung der Schutzmaßnahmen für Gesundheit und Leben der Menschen nicht zuzulassen.

Standpunkt zum Ausbau des Flughafens Leipzig-Halle und zur Ansiedlung des Luftdrehkreuzes der DHL

Ökologische Plattform bei der Linkspartei.PDS Sachsen „ADELE“

- ADELE teilt die Sorgen der Bewohner in den Einflugschneisen, dass durch Lärmbelastung eine wesentliche Beeinträchtigung an Lebensqualität erfolgen wird. Das betrifft insbesondere das Recht auf störungsfreien Nachtschlaf, negative gesundheitliche Auswirkungen, eine Verbunkering der Schlafräume.
- ADELE vertritt den Standpunkt, dass ein Durchpeitschen des Planfeststellungsverfahrens keine Vertrauensbildende Maßnahme für die betroffenen Menschen darstellen kann und die künftigen Betreiber des Luftfrachtkreuzes einseitig bevorteilt. „Mehr Demokratie wagen“ - ist gerade in einem sensiblen Bereich der Abwägung von Ökonomie, Ökologie und Sozialem erforderlich. Das bedingt die langfristige Einbeziehung der Betroffenen über die gesetzlichen Regelungen hinausgehend.
- ADELE bestärkt die Betroffenen in ihrer Haltung, dass die passiven Lärmschutzmaßnahmen verstärkt und durch aktiven Lärmschutz an den Entstehungsquellen ergänzt werden müssen.
- ADELE unterstützt die Abgeordneten des Europäischen Parlaments, die ein Nachtflugverbot für die gesamte EU erwirken wollen.
Das Menschenrecht auf störungsfreien Nachtschlaf sollte auch durch die Gesetzgebung in der Bundesrepublik Deutschland gewährleistet werden.
- ADELE bezweifelt die versprochenen arbeitsmarktpolitischen Auswirkungen der Investitionen in Höhe von ca. 300 Mio. €:
 - Ein Teil der angekündigten ca. 3 200 direkten Arbeitsplätze werden Teilzeitplätze sein, so dass der Anteil von Vollzeit Arbeitsplätzen wesentlich geringer sein wird.
 - Die erhofften Synergieeffekte bezüglich der wirtschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Entwicklung sind nicht mehr als hoffnungsvolle Phantasie. Keines der Leipziger bzw. im Leipziger Raum angesiedelten Großprojekte konnte bisher solche Effekte in vorgesehenem Maße nachweisen.
- ADELE fordert, die vorgesehene Versiegelungsfläche von 189,7 ha durch geeignete Maßnahmen vollständig auszugleichen, indem im Großraum Leipzig/Halle Flächen entsiegelt werden. Der bisherige Planstand von 41,6 ha zu entsiegelnden Flächen ist völlig unzureichend. Der jetzige Stand bedeutet, dass ca. 300 Fußballfelder zusätzlich neu versiegelt würden.
- ADELE registriert mit Befremden, dass im Planfeststellungsverfahren keine Aussagen zum CO₂-Ausstoß getroffen werden. Dies verwundert umso mehr, da die Stadt Leipzig dem Klimabündnis europäischer Städte beigetreten und klare Reduzierungsverpflichtungen bis zum Jahre 2010 eingegangen ist. Diese erweisen sich im Zusammenhang mit dem unverbindlichen und schwer kontrollierbaren Klimaschutzprogramm der Stadt Leipzig und der zu-

sätzlichen Belastung durch das Luftdrehkreuz als „reine“ Luftnummer.

8. ADELE begrüßt die geplante Verlagerung des Güterverkehrs von ca. 400000 Tonnen auf die Schiene. Bisherige Erfahrungen bei der Verlagerung von Transporten von der Straße auf die Schiene (siehe „Rollende Landstraße“) zeigen jedoch, dass sie hinsichtlich ihrer dauerhaften Einrichtung skeptisch zu beurteilen sind.

Trotz des geplanten Vorhabens wird es eine deutliche Zunahme des Straßenverkehrs und damit der zusätzlichen Belastungen für die Einwohner in der Nähe des Flughafens geben.

Allein während der Bauphase werden 490 LKW täglich zum Einsatz kommen, im Jah-

re 2015 bei Planerreicherung werden es mehr als 1000 LKW täglich sein.

9. ADELE fordert erneut, den Luftverkehr mit anderen Verkehrsarten hinsichtlich der Mineralöl- und Ökosteuern gleich zu stellen. Bisher unterliegt der Flugzeugtreibstoff Kerosin nicht der Mineralölsteuer.

10. ADELE stellt fest:

- das Luftdrehkreuz verschärft die Auswirkungen der einseitigen wirtschaftlichen Globalisierung
- das Luftdrehkreuz hemmt eine nachhaltige Regionalentwicklung auf der Grundlage kleiner und mittelständischer Betriebe
- das Luftdrehkreuz verschlechtert die Umweltsituation für den Großraum Leipzig/Halle

Presseerklärung zur militärischen Nutzung des Flughafens Leipzig-Halle

*Ökologische Plattform bei der Linkspartei.PDS Sachsen „ADELE“
Presseerklärung, Leipzig, 4. März 2004*

Zur Nachricht, dass der Flughafen Leipzig-Halle als Transportbasis für NATO-Einsätze in Krisengebieten genutzt werden soll, erklärt die ökologische Plattform der PDS Sachsens „ADELE“:

1. Offensichtlich sollen in Deutschland zivile Objekte militärisch missbraucht werden. Erst überdimensionierter Ausbau des Flughafens, dann die Suche nach Nutzern, damit das Ganze am Ende noch wirtschaftlich wird. Die NATO als Auftraggeber kommt da wohl gerade zur rechten Zeit. Damit entsteht die perfide Logik: Je mehr Krisengebiete, je mehr NATO-Einsätze dorthin, desto besser geht es dem Leipzig-Hallenser Flughafen.
Wir sagen NEIN zu dieser Kriegsgewinnler-Logik!
2. Der Ausbau des Flughafens und die Ansiedlung des DHL bringt jetzt schon für die

Menschen in den umliegenden Orten eine wesentliche Verschlechterung der Lebensqualität.

Nun sollen mit der Krachmaschine „Antonow“ weitere Belastungen hinzukommen. Davon ist aber im Planfeststellungsverfahren nichts erwähnt worden.

Nicht nur die Bürgerinnen und Bürger wurden so genarrt, auch die Planfeststellungsbehörde und die Träger öffentlicher Belange wurden getäuscht.

Deshalb fordern wir eine erneute Prüfung des Verfahrens unter stärkerer Beteiligung der Bevölkerung.

1. Wer auf eine militärische Nutzung des Flughafens setzt, setzt die Bevölkerung eines der dichtest besiedelten Gebiete Deutschlands einem weiteren Risiko aus: Nach dem Verlust von Lebensqualität nun auch die Angst vor Terrorangriffen.

Deshalb: Stoppt diesen Unfug.

*Michael-Alexander Lauter, Sprecher
Sprecher*

Gentechnikfreie Stadt Leipzig 2005

*Standpunkt des Aktionsbündnisses für eine gentechnikfreie Stadt Leipzig
Ihm gehören an: Ökolöwe – Umweltbund Leipzig e. V., Greenpeace Leipzig, Naturschutzbund - Kreisverband Leipzig, Bündnis 90 / Die Grünen - Kreisverband Leipzig, PDS - Kreisverband Leipzig, Eine Welt e. V., BUND Leip-*

zig, StudentInnenRat der Universität Leipzig, Verbraucherinitiative gegen Gentechnik in Lebensmitteln und Landwirtschaft und engagierte Bürger dieser Stadt.

Der Einsatz von gentechnisch veränderten Organismen in der Landwirtschaft birgt in ihren

mittel- und langfristigen Folgen noch kaum erforschte Risiken. Der Umgang mit einer solchen Risikotechnologie bedarf deshalb strenger gesetzlicher Regelungen. Diese müssen sich an der Wahrung folgender menschlicher Zukunftsinteressen orientieren:

- Bewahrung der Schöpfung im Sinne der globalen biologischen Vielfalt,
- Schutz der Gesundheit der Menschen,
- Langfristige Existenz der gentechnikfreien Landwirtschaft

Das 2004 verabschiedete deutsche Gentechnikgesetz sieht Regelungen zum Schutz konventioneller sowie ökologischer Landwirtschaft vor. Breiten sich jedoch gentechnisch veränderte Organismen (GVO) in der freien Natur aus, können sie unkontrollierbare, nicht umkehrbare ökologische Folgewirkungen verursachen. Da die Risiken der Agrogentechnik für den Menschen und das Ökosystem nicht absehbar sind, sollten nur gentechnikfreie Nahrungsmittel hergestellt werden und zum Verbraucher gelangen. Gentechnisch produzierte Lebensmittel sind weder günstiger noch gesünder, sie dienen vielmehr nur der Gewinnmaximierung global agierender Gentechnikkonzerne. Wie neueste wissenschaftliche Langzeit-Studien belegen, ist auch die von der Gentechnik-Industrie versprochene Reduzierung des Pflanzenschutzmitteleinsatzes durch Agrogentechnik **nicht eingetroffen**.

Wir – die Unterzeichner dieses Aufrufes – sehen uns in der Verantwortung, zum Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen beizutragen und engagieren uns deshalb für eine gentechnikfreie Stadt Leipzig einschließlich ihres Umlandes. Um dieses Ziel zu erreichen setzen wir folgende Aktionsschwerpunkte:

1. Wir möchten erreichen, dass sich die auf dem Stadtgebiet bzw. auf stadt-eigenen Flächen arbeitenden **Landwirte verbindlich verpflichten, keine gentechnisch veränderten Pflanzen anzubauen**. Auf Initiative der PDS hat der Leipziger Stadtrat am 18. Mai diesen Jahres mit den Stimmen von PDS, Bündnis 90/Die Grünen und Teilen der SPD beschlossen, bei der Neuverpachtung von stadt-eigenen Flächen Pächter zu bevorzugen, die auf die Verwendung von transgenem Saatgut verzichten und bei bereits laufenden Pachtverträgen mit den Pächtern einen solchen Verzicht zu vereinbaren. Darüber hinaus strebt die Stadt Leipzig an, mit allen landwirtschaftlichen Grundbesitzern einen rechtsverbindlichen Vertrag zum Verzicht auf die Freisetzung gentechnisch veränderter Organismen zu schließen. Wir unterstützen mit Nachdruck diesen Beschluss des Stadtrates, der damit dem

Beispiel hunderter anderer Kommunen in ganz Europa, so in Italien, Frankreich, Großbritannien und auch in Deutschland folgt. Wir werden auf die schnellstmögliche Umsetzung dieses Beschlusses achten. Wir setzen uns darüber hinaus dafür ein, dass in einem zweiten Schritt auch die Leipziger Umlandkommunen (Grüner Ring Leipzig) in das Projekt einer gentechnikfreien Landwirtschaftsregion Leipzig einbezogen werden. Wir möchten Bauern aber auch Grundeigentümer wie die Kirchengemeinden des Umlandes mit Informationsveranstaltungen dafür gewinnen, sich an einer großflächigen gentechnikfreien Region Leipzig zu beteiligen. Nur so kann der Pollenflug von „Genfeldern“ aus der Nachbarschaft ausgeschlossen werden. Landwirte brauchen zudem vollkommene Sicherheit hinsichtlich der Gentechnikfreiheit des von ihnen eingekauften Saatgutes, um verlässlich gentechnikfreie Lebensmittel für die Verbraucher erzeugen zu können.

2. Die **Fütterung** von Tieren muss mit Produkten erfolgen, die eine absolut gentechnikfreie Herkunft aufweisen. Zweifelhafte Futtermittel aus Ländern, in denen die Kontrolle auf Gentechnikfreiheit nicht entsprechend abgesichert ist, sind bei der Viehfütterung abzulehnen. Nur so kann der Verbraucher sicher sein, dass er auch über diesen „Umweg durch das Tier“ gentechnikfreies Essen erhält. Deshalb fordern wir von den politisch Verantwortlichen im Land, im Bund und in der EU eine Kennzeichnungspflicht für tierische Produkte wie Fleisch, Wurst, Milch und Molkeerwaren, so dass für den Verbraucher erkennbar wird, ob bei der Tierfütterung gentechnisch veränderte Futtermittel eingesetzt wurden. Zugleich wollen wir die Landwirte der Leipziger Region dafür gewinnen, in ihren Betrieben nur gentechnikfreies Futter einzusetzen. Die beiden Mühlenbetriebe im Stadtgebiet – die Mühlen in Stahmeln und Engelsdorf – sollten sich verpflichten, kein gentechnisch verändertes Soja und Getreide zu verarbeiten.
3. Produktverarbeitende Gewerbebetriebe – hier insbesondere die **Bäckereien** in Leipzig – müssen bei der Auswahl ihrer Grundzutaten sicherstellen können, dass diese von gentechnikfreien Feldern kommen. Gerade die Bäcker-Innungsbetriebe tragen wesentlich zur Grundversorgung der Verbraucher bei. Wir wollen uns deshalb dafür einsetzen, dass möglichst viele Leipziger Bäckereien in einem ersten Schritt eine Selbstverpflichtung eingehen,

nur mit gentechnikfreien Getreideprodukten zu backen. In einem zweiten Schritt sollten sie auch darauf achten, dass die in der Bäckerei verwendeten Ei- und Milchprodukte von Tieren stammen, die gentechnikfrei gefüttert werden. Bäcker, die sich an der Aktion beteiligen, können mit gesonderten Aushängen die Gentechnikfreiheit ihrer Qualitätsprodukte bewerben. In diesem Zusammenhang sind auch die Mühlen im Stadtgebiet gefragt, garantiert gentechnikfreie Mehle anzubieten.

4. Wir wollen möglichst viele **Restaurants, Caterings, Mensen und Kantinen** in Leipzig dafür gewinnen, nur gentechnikfreie Lebensmittel (*gentechnikfrei* im Sinne des geltenden Gesetzes) zu verarbeiten und ihren Tischgästen anzubieten. Begonnen werden sollte mit der Verpflichtung zur Gentechnikfreiheit bei pflanzlichen Produkten. In einem zweiten Schritt sollten die Verpflegungsunternehmen und Gastronomiebetriebe dafür gewonnen werden, auch beim Bezug von Fleisch und Milchprodukten darauf zu achten (und ihre Lieferanten darauf zu drängen), dass die betreffenden Lebensmittel ohne den Einsatz von gentechnisch manipuliertem Futter erzeugt worden sind. In diesem Zusammenhang kann das Bewusstsein der ohnehin schon kritischen Verbraucher noch weiter entwickelt werden. Von der Stadt Leipzig fordern wir, in ihren eigenen Institutionen dafür Sorge zu tragen, dass hier nur gentechnikfreie Lebensmittel angeboten werden: sei es in der Rathauskantine, in den Betriebsrestaurants der kommunalen Unternehmen und ganz besonders in der Kinder- und Schülerspeisung. Die Garantie von Gentechnikfreiheit muss in die Ausschreibungsbedingungen für die Vergabe der Kinder- und Schulverpflegung an Cateringunternehmen aufgenommen werden.
5. Für die **Universität Leipzig** fordern wir einen **Lehrstuhl für Risiko-Gentechnik**. Leipzig kann als Forschungs- und Entwicklungsstandort im Bereich der Naturwissenschaften und der Biotechnologie bereits jetzt schon einiges an Kompetenzen aufweisen. Darauf ist aufzubauen. Denn insgesamt wissen wir immer noch zu wenig darüber, wie Gene im Einzelnen z. B. den Stoffwechsel beeinflussen. Die Lehre und Forschung zu diesen und anderen Fragen muss jedoch – anders als die bisher gängige Praxis – **unabhängig** von aus der Industrie stammenden Geldmitteln erfolgen. Nur so ist ein wirklich unvoreingenommenes Forschungsdesign in Bezug auf die Analyse von Risiken der Agrogentechnik zu erwarten. Zur Zeit gibt

zu erwarten. Zur Zeit gibt es ein gravierendes Forschungsungleichgewicht zwischen industriefinanzierter Gentechnikforschung und einer kritisch begleitenden unabhängigen Risikoforschung zu diesem Thema. Nach gegenwärtigem Kenntnisstand laufen wir Gefahr, künstlich veränderten Lebewesen Tür und Tor für eine gewaltige Veränderung der ohnehin schon angeschlagenen Ökosysteme zu öffnen. Die Universität Leipzig muss sich auf den Weg machen, einen solchen *Lehrstuhl für Risiko-Gentechnik* einzurichten und sich zu dessen Finanzierung auch an das Land Sachsen und das Bundesforschungsministerium zu wenden. Zugleich muss das Thema „Agrogentechnik als Chance oder Risikotechnologie?“ auch zum Gegenstand universitätsweiter Veranstaltungen wie der Semester-Ringvorlesung oder des Studium Generale werden.

6. Mit Aktionen und Informationsständen auf **großen öffentlichen Veranstaltungen** und Märkten in Leipzig, wie Stadtteilstesten, Verbrauchermärkten, der Ökofete usw. wollen wir das Thema „Gentechnikfreie Stadt Leipzig“ ins öffentliche Bewusstsein bringen. Darüber hinaus möchten wir die in der Stadt aktiven großen Medienunternehmen wie den MDR und die Leipziger Volkszeitung dafür gewinnen, ein hochkarätig besetztes **Gesprächsforum zu Chancen und Risiken der Agrogentechnik** zu organisieren.
7. Wir fordern alle Verbraucher auf, bei ihren Lebensmittelhändlern nachzufragen, ob diese ein konsequent gentechnikfreies Angebot haben. Wir bitten alle kritischen Verbraucher, uns über die **Geschäfte und Supermärkte** in der Stadt zu informieren, die noch immer gentechnisch veränderte Produkte anbieten (diese Produkte müssen seit April 2004 laut Gesetz mit einem Hinweis gekennzeichnet sein). Unser E-Mail-Kontakt für solche Hinweise lautet: gegen-gentechnik@gmx.de. Durch Publikation wollen wir die betreffenden Lebensmittelgeschäfte dazu bringen, auf ein gentechnikfreies Angebot umzustellen, so dass kein Kunde Gefahr läuft, aus Unkenntnis oder im Stress des Alltags Gentechnikprodukte zu kaufen. Darüber hinaus möchten wir Saatgutanbieter und Verbraucher schon jetzt dafür sensibilisieren, auch in Zukunft keine gentechnisch veränderten Zier- und Nutzpflanzen in Haus und Garten einzusetzen.

Wir in Leipzig wollen vorangehen, um für den nachhaltigen Schutz der Natur zu sorgen, um die Rechte der Verbraucher zu stärken und um

die Landwirtschaft und die Lebensmittelverarbeiter zukunftsorientiert im Sinne der Nachhaltigkeit zu schützen. Das Thema „gentechnikfreie Landwirtschaft“ muss Teil des Leipziger AGENDA-Prozesses werden.

Leipzig ist 2005 Spielort des Confederation-Cups und 2006 der Fussball-WM. Sport und Doping gehen nicht zusammen. Essen und Gen-Doping auch nicht. Deshalb wollen wir al-

les tun, dass Leipzig bis zur WM im nächsten Jahr in punkto „Genfood“ sauber ist.

Das Aktionsbündnis für eine gentechnikfreie Stadt Leipzig

Kontakttelefon des Aktionsbündnisses:
Tel. 0341-3065381 (Ökolöwe)

Weitere Informationen unter www.sachsen-gentechnikfrei.de und www.oekoloewe.de

Verzicht auf genmanipuliertes Saatgut und Futter in der Stadt Leipzig

Antrag der PDS-Fraktion des Stadtrates Leipzig, Vorlage zur Stadtratssitzung am 18.05.2005

1. Der Stadtrat erklärt:

- Im Gebiet der Stadt Leipzig wird angestrebt, mit allen landwirtschaftlichen Grundbesitzern, einen rechtsverbindlichen Vertrag zum Verzicht auf die Freisetzung von genveränderten Organismen abzuschließen.
- Bei der Neuverpachtung landwirtschaftlicher Flächen werden Pächter bevorzugt, die auf die Verwendung von transgenem Saatgut verzichten. Bei bereits laufenden Pachtverhältnissen wird angestrebt, mit den Pächtern einen entsprechenden Verzicht zu vereinbaren.

2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt anzuregen, dass die Landwirtschaftsämter des Freistaates Sachsen ein dauerhaftes Monitoring durchführen und die Ergebnisse in einem jährlichen Bericht auswerten. Die für die Stadt Leipzig relevanten Ergebnisse dieses Monitoringberichts werden durch das Veterinär- und Lebensmittelaufsichtsamt ausgewertet und für eine jährliche Information des Stadtrates aufbereitet.

Begründung:

Mit dem neuen Gentechnikgesetz setzt die Bundesregierung eine EU-Richtlinie zur Zulassung von genveränderten Organismen und ein Nebeneinander von ökologischen, konventionellen und gentechnisch veränderten Kulturen in Deutschland um. Das bringt für Verbraucher und Landwirte erhebliche Risiken mit sich:

- Auch Gentechnisch veränderte Pflanzen tauschen während der Vermehrung genetische Informationen mit anderen Pflanzen aus. Dabei handelt es sich um eine nicht rückholbare Veränderung, die ein gen-

technik-freies Wirtschaften auf Dauer unmöglich machen wird. Der Schutz der Menschen vor damit verbundenen Gefahren verlangt daher eine Risikofolgeabschätzung. Diese ist zum jetzigen Zeitpunkt noch völlig unzureichend.

- Für die unmittelbar an das Stadtgebiet grenzende Gemeinde Krostitz ist die Verwendung von genmanipuliertem Pflanzen zu Versuchszwecken bereits genehmigt worden. Daraus leitet sich für die Stadt Leipzig eine besondere Vorsorgepflicht für ihre Bürgerinnen und Bürger ab.
- Für die konventionell wirtschaftenden Landwirte entsteht durch den von interessierten Konzernen geförderten Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen ein massiver Kostendruck. Das wird sie über kurz oder lang zur Verwendung von genmanipuliertem Saatgut drängen. Bei auftretenden wilden Auskreuzungen oder gesundheitlich negativen Folgen kommen auf diese Landwirte Schadenersatzforderungen zu, die in ihrer Höhe existenzbedrohend sein können. Entsprechende Haftpflichtversicherungen werden sich nur wenige Betriebe leisten können.
- Für die ökologisch wirtschaftenden Betriebe wird die Existenzgrundlage gefährdet, weil bei wilden Auskreuzungen genmanipulierten Erbgutes - trotz größter Anstrengungen der Betroffenen - die Richtlinien für den ökologischen Landbau nicht mehr eingehalten werden können.

Der Antrag wurde mit 33 gegen 22 Stimmen bei 10 Enthaltungen angenommen. Der Oberbürgermeister Tiefensee stimmte gegen den Antrag.

Die Ökologie der Slums

Mike Davis

Eine „villa miseria“ außerhalb von Buenos Aires hat vielleicht das schlimmste Fengshui der Welt: Sie ist auf einem früheren See gebaut, einer giftigen Müllhalde, einem Friedhof und in einer Überflutzungszone. Aber eine gefährliche, gesundheitsbedrohende Lage ist die geographische Definition solcher Ansiedlungen: Sei es ein auf Pfählen über dem von Exkrementen verstopften Fluss Pasig in Manila gebautes „barrio“ oder das „bustee“ in Vijayawada, wo die Bewohner ihre Hausnummern auf Möbelstücken befestigt haben, weil die Häuser alljährlich zusammen mit den Türen von der Flut weggeschwemmt werden.

Die Ansiedler tauschen körperliche Unversehrtheit und öffentliche Gesundheit ein gegen ein paar Quadratmeter Land und den Schutz vor Vertreibung. Sie sind die Pioniere von Sümpfen, Flutgebieten, rutschenden Berghängen oder Müllkippen mit chemischen Abfällen. Bei einem Besuch in Dhaka beschreibt Jeremy Seabrook einen kleinen Slum – „eine Zuflucht für Menschen, die durch Erosion, Wirbelstürme, Fluten, Hungersnot oder den neueren Urheber von Unsicherheit, die Entwicklung, entwurzelt wurden“ -, der zwischen einer Giftfabrik und einem „vergifteten See“ liegt. Gerade weil der Ort so gefährlich und unattraktiv ist, bietet er „Schutz vor den in der Stadt steigenden Grundstückspreisen“. Solche Orte sind die Nischen der Armut in der Ökologie der Stadt, und sehr arme Menschen haben kaum eine andere Wahl, als mit der Katastrophe zu leben.

Armut und Geologie

Slums fangen mit einer schlechten Geologie an. Die Peripherie von Johannesburg beispielsweise ist ein Gürtel aus gefährlichem, instabilem Dolomitboden, der über Generationen durch Bergbau kontaminiert wurde. Mindestens die Hälfte der nichtweißen Bevölkerung der Region lebt in inoffiziellen Siedlungen in Gebieten mit giftigem Abfall und ständigen Erdbeben. Rio de Janeiros Favelas sind auf instabilen Böden an Hängen gebaut, die oft mit wahrhaft tödlichen Resultaten nachgeben: 2000 wurden 1966/67 bei Erdbeben getötet, 200 im Jahr 1988 und 70 zu Weihnachten 2001.

In Caracas sind die Slums, die nahezu zwei Drittel der Stadtbevölkerung beherbergen, auf unsicheren Abhängen und in engen Schluchten errichtet, die das seismisch aktive Tal von Caracas umgeben. Ursprünglich hielt die Ve-

getation den krümeligen, stark verwitterten Schiefer fest, aber Rodungen haben die dicht besiedelten Abhänge unstabilgemacht. Das Resultat ist eine außerordentliche Zunahme größerer Erdbeben von weniger als einem pro Jahrzehnt vor 1950 zum gegenwärtigen Durchschnitt von zwei oder mehr im Monat. Die wachsende Bodeninstabilität hat jedoch die Ansiedler nicht daran gehindert, sich an solchen prekären Stellen niederzulassen.

Im Dezember 1999 wurde das nördliche Venezuela von einem gewaltigen Sturm heimgesucht. Regen in der Menge eines Jahresdurchschnitts fiel in wenigen Tagen auf bereits gesättigten Boden: Flutwellen und angespülter Schutt in Caracas und besonders entlang der Karibikküste auf der anderen Seite des Avila-Gebirges töteten etwa 32.000 Menschen, machten 140000 obdachlos und weitere 200000 erwerbslos.

Was für die Region Caracas die Erdbeben sind, sind für Manila die häufigen Überflutungen. Gelegen in einer Flutebene, die an drei Flussbecken grenzt und sintflutartigen Regenfällen und Taifunen ausgesetzt ist, ist Manila ein natürliches Flutbecken. Nach 1898 gruben die US-Kolonialbehörden Kanäle aus und bauten Pumpstationen zum Schutz der zentralen Teile der Stadt. Verbesserungen des Systems in den letzten Jahren wurden jedoch u. a. von gewaltigen Mengen in die Kanäle gepumpten Mülls, der Entwaldung von Einzugsgebieten sowie vor allem durch den unaufhörlichen Bau von Slumsiedlungen konterkariert.

Mit anderen Worten, die Wohnungskrise hat sowohl den Charakter als auch das Ausmaß des Flutproblems verändert: Das ärmste Fünftel der Bevölkerung ist regelmäßig Gefahren und dem Verlust des Eigentums ausgesetzt. Im November 1998 zerstörten beispielsweise Flutwellen die Häuser von über 300000 Menschen.

Die Beispiele aus Caracas und Manila illustrieren, wie die Armut die örtlichen geologischen und klimatischen Risiken verstärkt. Wohlhabende Städte in riskanter Lage wie Los Angeles oder Tokio können meteorologische oder geologische Risiken durch massive öffentliche Arbeiten reduzieren: durch Anlegen von Kanälen, Dämmen oder künstlichen Auffangbecken. Nationale Versicherungsprogramme gegen Überflutung und Erdbeben sichern den Wiederaufbau im Fall ausgedehnter Schäden.

Armut und Politik

In der Dritten Welt ist es dagegen unwahr-

scheinlich, dass Slums, die kein Trinkwasser und keine Latrinen haben, von kostspieligen öffentlichen Arbeiten profitieren oder im Katastrophenfall von Versicherungen abgedeckt sind. Die staatliche Intervention kann sogar das Risiko erhöhen. Im November 2001 waren die Armenviertel Bab el Oued, Frais Vallong und Beaux Fraisier an der Westseite Algiers von verheerenden Überflutungen und Schlammlawinen betroffen. 36 Stunden lang wuschen sintflutartige Regenfälle zerbrechliche Hütten von den Hängen und überfluteten niedrig liegende Siedlungen. Mindestens 900 Menschen wurden getötet. Angesichts einer schlampigen offiziellen Reaktion wurden die Hilfsmaßnahmen stattdessen von der lokalen Bevölkerung, insbesondere der Jugend, in Angriff genommen. Nach drei Tagen zeigte sich Algeriens Präsident Bouteflika. Wütende Anwohner skandierten Parolen gegen die Regierung. Bouteflika erklärte, dass die Katastrophe schlichtweg der Wille Gottes sei. Nichts, so sagte er, könne dagegen getan werden.

Die örtlichen Bewohner wussten, dass dies Unsinn war. Fachleute wiesen sofort darauf hin, dass die Siedlungen an den Hängen zwangsläufig zu einer Katastrophe führen mussten: „Es waren schwache, gegenüber heftigem Regen verwundbare Strukturen. Im ganzen Land sind diese Gebäudekonstruktionen starken Schäden infolge Verwitterung, unzureichender Reparaturen und Vernachlässigung ausgesetzt.“ Ein großer Teil der Zerstörung war eine direkte Folge des von der Regierung geführten Krieges gegen islamistische Guerillas. Um Aufständischen keine Zufluchtsorte und Fluchttrouten zu bieten, hatten die Behörden die Hügel über Bab el Oued entwaldet und die Abwasserkanäle versiegelt. Korrupte Behörden erteilten auch Genehmigungen für die Errichtung baufälliger Gebäude im Flussbett, wodurch Bauunternehmer auf Kosten der öffentlichen Sicherheit bereichert wurden.

Mehr noch als Erdbeben und Flutkatastrophen geben Erdbeben Auskunft über die urbane Wohnungskrise. Obwohl einige langwellige Erdbeben wie die Katastrophe von Mexiko-Stadt 1985 einzelne hohe Gebäude befallen, richtet sich die seismische Zerstörung gewöhnlich gegen Wohnhäuser aus Beton, Schlamm oder Mauerwerk schlechter Qualität, besonders wenn dies mit Gefällen oder der Aufweichung des Bodens einhergeht. „Lasche Einstellungen gegenüber Planvorschriften und Standards“, betont Geoffrey Payne, „haben der Stadtarmut in der Türkei jahrzehntelang einen relativ leichten Zugang zu Land ermöglicht, doch eine ähnliche Haltung zu den Vorschriften zur Verstärkung von Gebäuden führte zu einer hohen Todesrate und zu massiven Zer-

störungen während des Erdbebens von 1999.“ Im 20. Jahrhundert zerstörten Erdbeben mehr als 100 Millionen Wohnungen, zumeist in Slums, Wohnvierteln oder armen Dörfern. Da die Mehrheit der Stadtbevölkerung auf der Welt an den aktiven Plattenrändern oder in deren Nähe konzentriert ist, vor allem an den Küsten des Indischen und des Pazifischen Ozeans, sind mehrere Milliarden Menschen der Gefahr von Erdbeben, Vulkanen und Tsunamis sowie Sturmfluten und Taifunen ausgesetzt. Wenngleich das Megaerdbeben von Sumatra und der dadurch ausgelöste Tsunami im Dezember 2004 relativ seltene Ereignisse sind, so sind doch weitere in den kommenden 100 Jahren unvermeidlich. Die Behörden in Lima sagen voraus, dass mindestens 100000 Strukturen während des für die nächste Generation erwarteten Erdbebens zusammenbrechen werden. Das seismische Risiko ist in diesen Städten so ungleich entwickelt, dass linke Geografen den Begriff *classquake* geprägt haben, um das ungleiche Muster der Verteilung vergangener wie zukünftiger Zerstörung zu charakterisieren.

Armut und toxische Industrie

Wenn natürliche Risiken durch die Armut in den Städten vervielfacht werden, so werden neue und vollkommen künstliche Gefahren durch die Interaktion der Armut mit toxischen Industrien, anarchischem Verkehr und dem Zusammenbruch von Infrastruktur geschaffen. Alle klassischen Prinzipien von Städteplanung wie die Bewahrung offener Räume und die Trennung schädlicher Landnutzung von Wohngebieten werden in armen Städten auf den Kopf gestellt.

In seinem Buch über die armen Städte des Südens führt Jeremy Seabrook den ewigen Katastrophenkalender von Klong Toey an, Bangkoks Hafenslum, der zwischen Docks, chemischen Fabriken und Schnellstraßen eingeklemmt ist. 1989 vergiftete eine Explosion Hunderte Anwohner; zwei Jahre später explodierte ein Warenhaus und machte 5500 Menschen obdachlos - viele von ihnen starben später an mysteriösen Krankheiten. Ein Feuer zerstörte 1992 63 Wohnungen, 1993 waren es bei einem Brand 460 und viele hundert mehr 1994. Tausende andere Slums, darunter auch einige in reichen Städten, haben eine ähnliche Geschichte wie Klong Toey. Sie leiden an der Konzentration toxischer industrieller Aktivitäten, die die Mittelschichten niemals in ihrer Umgebung dulden würden.

Die Weltöffentlichkeit richtet nur dann ihre Aufmerksamkeit auf solche tödlichen Mischungen von Armut und toxischer Industrie, wenn es mit zahlreichen Todesfällen zur Katastrophe

kommt wie gleich mehrfach im Jahr 1984: Im Februar explodierte eine Ölpipeline bei São Paulo und über 500 Menschen verbrannten in einer benachbarten Favela. Acht Monate später explodierte eine Gasfabrik in Mexiko-Stadt wie eine Atombombe und tötete mindestens 2000 Anwohner. Keine drei Wochen nach der Katastrophe von Mexiko-Stadt entließ die Union-Carbide-Fabrik in Bhopal, der Hauptstadt von Madhya Pradesh, ihre tödliche Wolke aus Methylisocyanat: Laut einer Studie von Amnesty International wurden 7000-10000 Menschen sofort getötet, 15000 weitere starben in den folgenden Jahren an von der Giftwolke hervorgerufenen Krankheiten. Die Opfer waren die Ärmsten der Armen, zumeist Muslime. Die Fabrik für die Verpackung von Pestiziden war an einem Ort errichtet worden, der bereits lange vorher besiedelt worden war. Als sie expandierte und zu der gefährlicheren Herstellung von Pestiziden überging, wuchsen an ihrer Peripherie Slums aus dem Boden. Bis zu dem Moment, als sie ihre Kinder sterbend auf den Straßen fanden, hatten die Anwohner keine Vorstellung von der apokalyptischen Gefahr, die Methylisocyanat darstellt.

Armut und Verkehr

Andererseits sind sich die Slumbewohner der Gefahren wohl bewusst, die der wilde Verkehr bietet, der die Straßen der meisten Städte der Dritten Welt verstopft. Das rasche Wachstum der Städte ohne entsprechende soziale Investition in ein entsprechendes Verkehrssystem hat den Verkehr zu einer Katastrophe für die Volksgesundheit gemacht. Trotz einer alpträumhaften Verstopfung steigt der motorisierte Verkehr in den sich entwickelnden Städten sprunghaft an. 1980 betrug der Anteil der Dritten Welt am weltweiten Besitz von Motorfahrzeugen nur 18 %; 2020 wird die Hälfte der dann angenommenen 1,3 Milliarden Pkw, Lkw und Busse - zusammen mit Hunderten Millionen Motorrädern und Mopeds - die Straßen ärmerer Länder verstopfen.

Die Bevölkerungsexplosion der Automobile wird von machtvollen Kräften der Ungleichheit angetrieben. Die Verkehrspolitik in den meisten Städten ist ein Teufelskreis, in dem die fallende Qualität des öffentlichen Verkehrs den privaten Autoverkehr verstärkt und umgekehrt. Das Resultat ist ein reines Gemetzel. Mehr als eine Million Menschen - zwei Drittel davon Fußgänger, Radfahrer und Mitfahrende - werden jedes Jahr in der Dritten Welt bei Unfällen im Straßenverkehr getötet. „Menschen“, so ein Bericht der Weltgesundheitsorganisation

(WHO), „die nie in ihrem Leben ein Auto besitzen werden, tragen das größte Risiko.“

Die allgemeinen Kosten für Todesfälle und Verletzte im Straßenverkehr werden laut WHO auf „fast das Doppelte der gesamten weltweiten Entwicklungshilfe für Entwicklungsländer“ geschätzt. Die WHO betrachtet den Straßenverkehr als eines der schlimmsten Gesundheitsrisiken für in Städten lebende Arme und sagt voraus, dass Unfälle im Straßenverkehr im Jahr 2020 die dritthäufigste Todesursache sein werden.

China, wo Pkw gerade den Fahrrädern und Fußgängern die Kontrolle über die städtischen Straßen entreißen, wird leider den Weg weisen: Allein in den ersten fünf Monaten des Jahres 2003 wurden dort fast 250000 Menschen bei Verkehrsunfällen getötet oder schwer verletzt.

Die zügellose Motorisierung verschlimmert natürlich auch den Albtraum der Luftverschmutzung in den Städten der Dritten Welt. Myriaden alter Pkw, klappriger Busse und längst ausgedienter Lkw ersticken die Städte mit ihren tödlichen Abgasen, während die schmutzigen Zweitaktmotoren, die kleine Fahrzeuge antreiben, zehnmal soviel Feinstaubpartikel ausstoßen wie moderne Pkw. Laut einer kürzlich erfolgten Studie ist die verpestete Luft am tödlichsten in den wuchernden Megastädten Mexiko (300 Ozonsmogtage im Jahr), São Paulo, Delhi und Peking. Die Luft von Mumbai (Bombay) zu atmen entspricht dem Konsum von zweieinhalb Zigarettenschachteln pro Tag, und das Centre for Science and the Environment in Delhi warnte jüngst davor, dass Indiens Städte zu „tödlichen Gaskammern“ würden.

Die Armen in den Städten der Dritten Welt leiden an einer doppelten Belastung: an den durch Umweltverschmutzung hervorgerufenen Infektionskrankheiten und am Stress. Bei geschätzten eine Milliarde Slumbewohner auf dem Planeten (die Zahl soll sich bis 2030 verdoppeln) schafft die Armut in den Städten auch neue Krankheitsökologien und eröffnet Seuchen wie AIDS und Vogelgrippe neue Bahnen. Mehr noch als in der Ära von Karl Marx und Charles Dickens ist der Slum das globale Gesundheits- und Umweltproblem par excellence. Er ist auch die größte Herausforderung für die menschliche Solidarität.

Bearbeiteter Auszug aus Mike Davis' im März 2006 erscheinendem Buch "Planet of Slums" (Verso), http://www.versobooks.com/books/d-titles/davis_m_planet_of_slums.shtml (Übersetzung: Hans-Günter Mull)

Bücherecke

Hermann Scheer

Energieautonomie

Die Erdölvorräte gehen zur Neige; Ressourcenkonflikte schüren die „neuen Kriege“ unseres Jahrhunderts. Bei gleichzeitig steigendem Energieverbrauch rast die Welt auf eine existenzielle Krise zu. Hermann Scheer beschreibt in seinem neuen Buch die vielfältigen mentalen Barrieren, die die „ungebrochene Macht tradierten Energiedenkens“ zementieren. Er beleuchtet aber auch schlüsselhafte Initiativen, mit denen der Wechsel zu Erneuerbaren Energien gelingen kann. Der archimedische Punkt und das Leitmotiv dafür ist die „Energieautonomie“ - als vielfältig realisierbares politisches, technologisches und wirtschaftliches Konzept. Das Buch ist ein ideeller und praktischer Leitfaden für die Ablösung atomarer und fossiler Energien, die schneller und umfassender erfolgen kann, als allgemein angenommen wird - und eine alternative Weltentwicklung nach sich ziehen wird. Kunstmann 2005, 317 S., 19,90 €

Wolfgang Engelhardt

Das Ende der Artenvielfalt. Aussterben und Ausrottung von Tieren

Anhand ausgewählter Tierarten und verschiedener Ökosysteme (Hot Spots) zeigt der Autor die gefährliche Dimension des Artensterbens auf und erläutert die Ursachen und vielfältigen Folgen. Möglichkeiten, die Geschwindigkeit des Artensterbens (300-400 Arten pro Tag) wenigstens zu verlangsamen, werden erörtert, die erforderlichen politischen und rechtlichen Voraussetzungen werden genannt und gewichtet. Das Drama spielt sich vor allen Dingen im artenreichsten Refugium ab, dem Regelwald. Wissenschaftliche Buchgesellschaft Darmstadt 1997, 130 S., 19,90 €

Josef H. Reichholf

Die Zukunft der Arten

Auch wenn manche Medienberichte oder eigene Beobachtungen dies nahelegen scheinen, unsere heimische Natur befindet sich keineswegs auf dem Rückzug. Was vielen als ein Verarmen, als ein Verschwinden der Natur erscheint, ist zunächst nichts anderes als der Ausdruck für den Wandel der Natur. So lässt sich z. B. festhalten: Das beklagte Artensterben findet zumindest in Deutschland nicht im befürchteten Umfang statt. Im Gegenteil, laut Angabe des Bundesamtes für Naturschutz leben in der Bundesrepublik 48000 Tierarten. In der Bilanz sind das 4000 mehr als noch vor zwanzig Jahren. Beck-Verlag 2005, 237 S., 19,90 €

Hanspeter Padrutt

Der epochale Winter. Zeitgemäße Betrachtungen

Die Winterreise von Franz Schubert und Wilhelm Müller kann auch „epochal“ interpretiert werden, als eine Ankündigung eines Winters im weltgeschichtlichen Sinn. Das Buch setzt sich mit der eiskalten Welteroberung durch Maschinenteknik und Informatik auseinander, mit deren Folgen und geistigen Hintergründen. Die Literatur der ökologischen Bewegung wird auf ihre Tragfähigkeit hin geprüft, die Welt der Maschinen mit ungewohnt philosophischen Augen betrachtet. Ist das heutige Sprachverständnis selbst in sich erstarrt? Der epochale Winter sucht nach Möglichkeiten der Umstimmung in eine weltschonendere Grundhaltung. Wie kann das Wollen an das Gelassensein gebunden werden?

Diogenes Verlag 1997, neu durchgesehene Auflage, 392 S., 12,90 €

Carolyn Merchant

Der Tod der Natur. Ökologie, Frauen und neuzeitliche Naturwissenschaft

Die Natur, ehemals ein lebendiger und nährenden Organismus, wurde im 16. und 17. Jahrhundert zu einer Produktions- und Reproduktionsmaschine im Dienste des Menschen degradiert – in erster Linie allerdings des Mannes. Carolyn Merchant zeigt, wie sich ein Weltbild durchsetzte, das die Natur als nützliches aber totes Objekt begriff, sie spürt aber auch der zeitgenössischen Kritik und den gesellschaftlichen Bewegungen nach, die diesem Wandel Widerstand entgegengesetzten und an die wir heute behutsam anknüpfen können.

C. H. Beck Verlag 2002, Neuauflage, 224 S., 11 €, www.sfb.at oder www.amazon.de

Rita Kindler

Landschaftsfraß – Flächenwende in Sicht?

Seit Jahrzehnten befasst sich die Autorin mit dem Thema Boden. Umfassend behandelt wird: Bodeneigentumsbildung, Bodenpreis und Wirkung auf die Umwelt, Vorschläge zur Verhinderung des Landschaftsfraßes, Bodenmonopol in alternativen Gesellschaften. Allgemeinverständlich und in historischer Abfolge bis zur Gegenwart wird die Entstehung von Bodenpreisen sowie der Grundrente und der Differentialrenten erläutert. Ebenso die Formen, der Umfang und die Begrenzungen der Bodenspekulation und der Zusammenhang zwischen Bodenpreis und Umweltzerstörung. Offene Wald- und Agrarlandschaften

werden durch Zersiedelung, Versiegelung und Zerschneidung immer mehr eingeschränkt. Täglich werden in Deutschland 130 ha Fläche versiegelt, die Ernährungsbasis für 500 Menschen. Die Siedlungs- und Verkehrsfläche nimmt in Westdeutschland bereits 12,9 % und im Osten 8,2 % der Gesamtfläche ein. Die Autorin wendet sich gegen Flächenstilllegungen und begründet das mit den Umweltleistungen bestellter Flächen. Dagegen fördert der Staat durch seine Rahmenbedingungen für das Bauen die Versiegelung und damit die Umweltverschlechterung. Die Autorin wirft die Frage auf, ob gesellschaftliches Bodeneigentum im Kapitalismus möglich sei. Als Beispiel bringt sie den staatlichen Bodenfonds in Israel, der in Erbpacht vergeben wird. Mit statistischen Angaben untermauert, wird die Bodenreform in Ost- und Westdeutschland analysiert einschließlich der Entwicklungen nach dem Anschluss.

Bewertet werden die Parteiprogramme in Deutschland hinsichtlich der Bodenfrage und des Umweltschutzes. Nachgewiesen wird un-

ter anderem, dass die „Grünen“ in Regierungsverantwortung den Flächenfraß gefördert haben. Es werden „7 kleine Schritte“ zur Reduzierung des Bodenfraßes vorgeschlagen, die in das Programm der Linkspartei.PDS gehören. Die Autorin schlägt als Lösung der von ihr aufgezeigten Probleme eine „alternative Marktwirtschaft“ mit kontrolliertem Wachstum vor. Das haben vor 30 Jahren auch schon besorgte westdeutsche Wissenschaftler gemacht und wurden nicht erhört.

Der Autorin, die sowohl als Sachverständige Praxiserfahrungen hat als auch theoretisch auf hohem Niveau argumentiert, ist eine glückliche Synthese von Theorie und Praxis gelungen. Das Bodenproblem wurde von allen Seiten beleuchtet und, es wurden realisierbare Vorschläge gemacht. Dieses Buch gibt viele Anregungen, Einblicke und Vorschläge und sollte von allen Umweltinteressierten und Politikern gelesen werden.

edition bodoni Dez. 2004, 333 S., ISBN 3-929390-79-5

Politiker sind unbestechlich, sie nehmen noch nicht einmal Vernunft an.

Wenn du dir selber eine Freude machen willst, dann denk' an die Vorzüge deiner Mitmenschen.

Marc Aurel

Ich liebe Politiker auf Wahlplakaten. Sie sind tragbar, geräuschlos und leicht zu entfernen.

Vicco von Bülow

Impressum für die „tarantel“

Herausgeber: SprecherInnenrat der Ökologischen Plattform bei der PDS, Kleine Alexanderstr 28, 10178 Berlin, oekoplattform@pds-online.de

Die „tarantel“ ist über die Homepage www.pds-online.de verfügbar. Einige ältere Ausgaben sind auch unter: www.oekologische-plattform.de abrufbar.

Ältere Papierausgaben der „tarantel“ können, soweit vorhanden, bestellt werden (Bundesebene).

Kontaktadressen

Bundesebene

Ökologische Plattform
Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin, oekoplattform@pds-online.de, www.oekologische-plattform.de,
Manfred Wolf, Tel. 030/2411127,
manfredwolfberlin@web.de

BAG Umwelt, Energie, Verkehr
Sprecher: Prof. Dr. Wolfgang Methling, Schloßstr. 6-8, 19053 Schwerin, Tel. +49-(0)385-5888000,
wolfgang.methling@um.mv-regierung.de

Bayern

PDS, Eva Bulling-Schröter, Schwanthaler Str. 139, 80339 München, Tel. 089/51086092, Fax 089/51086093, info@pds-bayern.de, info@bulling-schroeter.de

Berlin

Delia Hinz, MdA, umweltpolitische Sprecherin der PDS-Fraktion, Niederkirchnerstr. 5, 10111 Berlin, Tel. 030/23252594, Fax 23252539, Delia.Hinz@pds.parlament-berlin.de
Roland Schnell, Rudolfstr. 13, 10245 Berlin, Tel. 030/29449803, Fax 030/29449804, biogasde@aol.com

Brandenburg

AG Umwelt der PDS Brandenburg
Sprecherin: Dr. Annemarie Kersten, Kiezstr. 35a, 14547 Wittbrietzen, Tel./Fax 033204/34842, annemariekersten@web.de
Karin Lück, Französische Str.5a, 15374 Münchenberg, Tel. 033432/70036, karinlueck@yahoo.de
Dr. Dagmar Enkelmann (MdL) BürgerInnenbüro Brauerstr. 8-10, 16321 Bernau, Tel. 03338/459543, wkb-d.enkemann@t-online.de
Carolin Steinmetzer, (MdL, umweltpolitische Sprecherin PDS-Fraktion, Am Havelblick 8, 14473 Potsdam, csteinmetzer@aol.com
Interessengemeinschaft Dritter Weg, Haus der Volkssolidarität, Wehrstr., 01968 Senftenberg, Tel. 03573/80234, Fax 80230
Peter Ligner, Wensickendorfer Weg 11 16547 Birkenwerder, Tel. 03303/503660, Fax 503659, P.Ligner@t-online.de (Lokale Agenda 21, Berlin/Brandenburg, Runder Tisch Nachhaltiges Berlin/Brandenburg)
Erika Schulz, Dorfkern 5c, 16515 Hohenbruch, Tel. 033051/25709. erika-schulz@t-online.de
Marko Ferst, Köpenicker Str. 11, 15537 Gosen, Tel. 03362/882986, marko@ferst.de (Mitglied im Koordinierungsrat der ÖPF), www.umweltdebatte.de

Hamburg

Joachim Täubler, Budapester Str. 31, 20359 Hamburg, sand-hh@web.de (SAND-Systemopponenten Atomkraft Nein Danke Gruppe Hamburg), www.nadir.org/sand

Hessen

Ökologische Plattform Hessen
Hajo Zeller, Weidenhäuser Str. 78/80, 35037 Marburg Tel. 06421/163873, Hajo.Zeller@web.de
Claudia Fittkow, Im Flatch 3, 34132 Kassel, Tel. 0561/9402573. ClaudiaFittkow@t-online.de

Mecklenburg-Vorpommern

Birgit Schwebs, umwelt-, verkehrs- und energiepolitische Sprecherin der PDS-Fraktion, PDS-Fraktion, Lennestr.1,19053 Schwerin, Tel. 038203/63519, PDS.Landtag-MV.de
Uwe Kretzschmar, Platanenstr. 38, 17033 Neubrandenburg, Tel. 0395/3680179, u_kretzschmar@nbnet.de

Niedersachsen

Ökologische Plattform Niedersachsen
Eckehard Jänicke, Eisenstr. 40, 30451 Hannover, Tel. 0511/9245911

Sachsen

ADELE - ökologische Plattform Sachsen
Sabine Kunze, Jahnstr. 1, 02929 Rothenburg, Tel. 035891/35290, an-sa-kunze@t-online.de
Michael-Alexander Lauter, Schrammsteinstr. 9, 04207 Leipzig, Tel. 0341/9424882, Micha.lauter@web.de
Dr. Reinhard Natke, Mosenstr. 6, 01309 Dresden, Tel. 0174/98484127, drnatke@web.de

Sachsen-Anhalt

AG Umwelt Sachsen-Anhalt
Frigga Schlüter-Gerboth, Ernst-Haeckel-Str. 5, 06122 Hall, Tel. 0345/29418-63, Fax-64

Thüringen

Tilo Kummer (MdL, umweltpolitischer Sprecher PDS-Fraktion), Arnstädter Str. 51, 99096 Erfurt, Tel. 0361/3772317, kummer@pds-fraktion-thueringen.de
Dr. Johanna-Scheringer-Wright (MdL, agrarpolitische Sprecherin PDS-Fraktion), Steingraben 36, 37318 Hohengandern, Tel. 0361/3772604, 0151/11723000, johanna@scheringer.de

linke und ökologische Medien

Dr. Steffen Schmidt (Wissenschafts- und Umweltredakteur Neues Deutschland) Alt Stralau 1-2, D-10245 Berlin, Tel. 030-29390-793, Fax 030-29390-600, s.schmidt@nd-online.de
Rabe Ralf, Umweltzeitung für Berlin und Brandenburg, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin, Tel. 030/44339147

(Veränderungen und Ergänzungen bei den Adressen bitte an den Bundeskontakt melden.)

Spenden für die „tarantel“ und ÖPF: Berliner Bank AG, BLZ 10020000, Konto 4384840000, C.VWZ-831.141 Ökologische Plattform